

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Bezugspreis monatlich 3.00 Gulden, wöchentlich 0.75 Gulden, in Deutschland 2.50 Goldmark, durch die Post 3.00 Gulden monatlich. Anzeigen: die Beisp. Seite 0.40 Gulden, Restamezelle 2.50 Gulden, in Deutschland 0.40 und 2.50 Goldmark. Abonnements- und Inseraten-aufträge in Polen nach dem Danziger Tagelager.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 258

Mittwoch, den 4. November 1925

16. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Aannahme, Zeitungs-
bestellung und Druckfachen 3290

Neuer deutschnationaler Umfall in Sicht.

Die Luther-Regierung gegen Reichstagsauflösung und Linksschwenkung.

Aus Berlin wird gemeldet: Dienstag fand unter Vorsitz des Reichskanzlers sowie unter Teilnahme der Reichsminister Dr. Brauns, Stügel und Dr. Stresemann eine Aussprache mit den Vertretern der in der Regierung durch Vertrauensmänner vertretenen Parteien statt. In der Aussprache nahmen teil: Von der Zentrumspartei die Abgeordneten Fehrenbach, Marx und Stegerwald, von der Deutschen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Schulz, Dr. Curtius und Kempf, von der Bayerischen Volkspartei der Abgeordnete Leicht. Die eingehende Erörterung ergab eine allgemeine Uebereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage. Die Vertreter der Parteien waren mit der Reichsregierung darüber einig, daß die Schaffung der Grundgesetze für die endgültige Entscheidung über das Werk von Locarno die beherrschende Frage der Gesamtpolitik ist, hinter der alle anderen Fragen jetzt zurücktreten haben.

Die Vertreter der Parteien billigten die infolge des Austritts der deutschnationalen Minister getroffenen Maßnahmen zur Weiterführung der Regierung. Es herrschte allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß die deutschnationalen Parteien vorläufiges Verhalten um des deutschen Gesamtinteresses willen nachdrücklich mißbilligt wurde, sich von der weiteren Teilnahme an der Regierung dadurch selbst ausschließen hat. Die Vertreter der Parteien gaben ferner der Auffassung Ausdruck, daß eine Einberufung des Reichstages im Laufe des Monats November erst möglich ist, wenn ein erschöpfender Tatbestand in bezug auf das Werk von Locarno und seine Rückwirkungen den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden kann.

Es bleibt also vorläufig alles so wie es ist. Der Neunmonats-Reichskanzler darf weiter regieren, weil ein gutes Viertel des Reichstages das vorläufig eben so bestimmt!

Das Mindeste, das man nach dem Verhalten der deutschnationalen Partei wenigstens vom Zentrum hätte erwarten müssen, wäre eine klare Abgabe an die Flüchtlinge vor der Verantwortung gewesen. Aber selbst hier verzichtet die offizielle Mitteilung auf die erforderliche Entschiedenheit. Sie bricht, wie es der Wille der Volkspartei ist, weder die Brücke zu den deutschnationalen ab, noch versucht sie auch nur im geringsten die Brücke zur Sozialdemokratie zu schlagen. Kurz und gut, das im Einverständnis mit den Führern der Rumpfoalition formulierte Communiqué ist nichts anderes als eine große Verbeugung vor Luther.

Es wird nach dem Ausgang der gestrigen Verhandlungen, die Klarheit bringen sollten, aber in Wirklichkeit die bestehende Unklarheit noch vergrößerten, nichts anderes übrigbleiben, als daß sich jetzt der Reichstag selbst so gut als möglich der Dinge annimmt. Dann dürfte sich, wenn die deutschnationalen nicht doch noch umfallen, bald herausstellen, daß er ebensovienig in der Lage ist, den Geist von Locarno — und darauf kommt es uns an — innen- und außenpolitischer Beziehung zu sichern wie die halbe Reichsregierung. Jedenfalls darf Herr Luther und seine Rumpfoalition überzeugt sein, daß für die Sozialdemokratie nicht die schematische Annahme des Vertrages, sondern die Sicherung einer Politik, die auf dem Geist von Locarno beruht, die „beherrschende Frage“ ist.

Die Deutschnationalen vor einem neuen Umfall.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Dienstag mit der politischen Lage. Es ist bezeichnend, daß sowohl die „Deutsche Tageszeitung“ als auch die „Kreuzzeitung“ feststellen: „Ueber die grundsätzliche Einstellung der Fraktion wurde nicht verhandelt. Das Unannehmliche ist den Herrschaften also selbst nicht einmal heilig; denn es kann darüber verhandelt werden, wann das steht noch nicht fest.“

Es ist übrigens bezeichnend, daß der deutschnationale Abg. Quaas am Dienstag auf einer Tagung der vaterländischen Verbände in Berlin lediglich die Erfüllung der Rückwirkungen zur Voraussetzung eines deutschnationalen Urteils machte, während man bisher auch den Vertragstext insgesamt als unannehmbar bezeichnete. Quaas führte aus: „Wenn ich mich geirrt habe, und wenn die Loyalität der Gegner wirklich so sichtbar in die Erscheinung tritt, wie es Dr. Luther hofft, dann bin ich der erste, der dazu rät, den Vertrag von Locarno zu unterschreiben. Die Lösung der Krise ist nur auf zwei Wegen möglich: entweder Dr. Luthers Hoffnungen bewahrheiten sich, dann werden wir annehmen, oder diese Hoffnungen treffen nicht ein, dann tritt der Kanzler zurück und der Reichspräsident muß entscheiden.“

Das ist nichts anderes als ein 50prozentiger Umfall. Es handelte sich für die Deutschnationalen bisher weniger um die Rückwirkungen als um den Vertragstext selbst. Unannehmbar erklären sie den Bericht auf deutsches Land, die Regelung der östlichen Schiedsverträge und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Artikels 16. Alles das scheint nunmehr keine Geltung mehr zu haben. Treten die Rückwirkungen ein, dann wird Herr Quaas reumütig zurückkehren. Was heißt da noch „Bericht auf deutsches Land“?

Berliner Pressestimmen zur Lage.

Zu der Aussprache des Reichskanzlers mit den Führern der in der Regierung vertretenen Parteien bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“: Das über die Besprechung ausgegebene Communiqué bestätigt unsere Auffassung, daß es vorläufig nicht zu einer Umwidmung der Reichsregierung kommen werde. An der großen Koalition hätten der Kanzler und die Volkspartei offensichtlich so wenig Geschmack gewonnen, daß sie lieber erst einmal die Entwicklung der nächsten Wochen abwarten, ehe sie der Grundfrage der Regierungsübernahme nähertritten. — Die „Tägliche Rundschau“ betont die volle Uebereinstimmung in der Regierungskoalition nach dem Ausscheiden der Deutschnationalen und nennt dieses Ergebnis der gestrigen Konferenz besonders erfreulich. Weiter bezeichnet es das Blatt als bemerkenswert, daß die Führer der Regierungsparteien sich auch in der Mißbilligung des deutschnationalen Vorgehens einig sind, indem sie den deutschnationalen befehlen, daß sie sich von der weiteren Teilnahme an der Koalition selbst ausschließen haben. — Wie die „Ser-

mania“ mitteilt, ist auch die gestrige Vorstandssitzung des Zentrums der Meinung gewesen, daß sich die Deutschnationalen, wie es in dem Communiqué über die Besprechung mit den Parteiführern heißt, von der Weiterleitung an der Regierung tatsächlich ausgeschlossen haben. Es gäbe hier keine reservato mentalis. Das Blatt erwartet, daß die heutige Vollversammlung der Zentrumsfraktion dieser Meinung voll und festhalte und nicht nur für die nächsten Wochen bis zur Unterzeichnung des Locarnovertrages gelle. — Das „Berliner Tageblatt“ sieht die Bedeutung der Darstellung der gestrigen Besprechung in der entscheidenden Stellungnahme der jetzigen Regierungsparteien gegen das Verhalten der Deutschnationalen, deren Flucht vor der Verantwortung einmütig verurteilt und als voreilig gekennzeichnet werde.

Die deutsche Sozialdemokratie und Locarno.

Am Dienstagabend sprach Gen. Breitscheid vor den Berliner Funktionären über „Locarno und die deutsche Politik“. Er führte aus: Die Deutschnationalen hatten neun Monate lang die Möglichkeit, nach ihren gemachten Versprechungen zu handeln. Das schien insbesondere nach der Wahl Hindenburgs günstig zu sein. Jetzt kann man nur noch ihr lange gepriesenes „Nottunswort“ prüfen. Gerecht ist zu einem gewissen Grade ist der agrarische und industrielle Großhaushalt auf Kosten der breiten Massen. Steuerpolitik und Zollpolitik waren ihre Mittel. Außenpolitisch haben sie bekanntlich immer den brutalen Machtpunkt vertreten. Man erinnert sich ihrer Kritik an der Außenpolitik von Versailles bis zum Dawes-Gutachten. Man erinnert sich auch ihrer 50prozentigen Zustimmung zum Dawes-Gutachten. Trotz monatelanger Beteiligung an der Regierung haben sie positiv von ihrem außenpolitischen Programm nichts verwickelt.

Breitscheid kennzeichnete dann den Sinn des Vertrages von Locarno und fuhr fort: „In Locarno wurde die Er-

füllungspolitik der Sozialdemokratie fortgesetzt. Wir stehen zu der Regierung Luther in der schärfsten Opposition, aber wir treiben diese Opposition nicht um ihrer selbst willen. Wenn wir Sozialdemokraten mit einem solchen Vertrag nach Hause gekommen wären — ach wir wären ja gar nicht erst bis nach Hause gekommen — (Zustimmung), hätte man uns Landesverräter genannt. Herr Stresemann hielt im Auswärtigen Ausschuss eine begeisterte Rede auf den Völkerbund. Wir machten darauf aufmerksam, daß wir das schon vor zwei Jahren gefordert hätten. „Ja“, sagte Herr Stresemann, das ist heute doch etwas ganz anderes.“ (Weiterkeit.)

Die Deutschnationalen haben die Reise nach Locarno bis zur letzten Station mitgemacht. Jetzt müßte es selbstverständlich sein, daß sie bei der Partei bleiben. Es schien auch so. Herr Westarp sagte nicht nein, und Herr Luther bestätigte, daß er auf einstimmigen Beschluß des Kabinetts gehandelt habe. Drei Tage später zogen die Deutschnationalen ihre Minister aus der Regierung zurück. Die Deutschnationalen sind eben keine einheitliche Partei. Die Anhänger der nationalen Seite haben in ihr jetzt, wo Zoll und Steuern in der Schmelze sind, das Uebergewicht erhalten. Zugewinnen sehen wir, daß das Kabinett und die Regierungsparteien „einig“ sind. Worin sind sie einig? Wohl in dem, daß sie nicht wissen, was sie tun sollen. (Weiterkeit.) Herr Luther glaubt vielleicht, daß er die äußere Politik mit den Sozialdemokraten, seine innere gegen sie machen könne. Wir haben Herrn Luther bereits im Auswärtigen Ausschuss erklärt, daß wir keine Verantwortung haben, als Vorkühler für die Deutschnationalen einzutreten (Weißfall und Händeklatschen), und täten wir es, so würden die Deutschnationalen uns des Landesverrats zeihen, und wenn die Tinte unter dem Vertrag trocknet, werden sie wieder an die Tür der Regierung klopfen und Herr Luther wird erklären, daß in dieser Partei so wertvolle Kräfte schlummern, daß man mit Sozialdemokraten keine Wirtschafts- und Finanzpolitik machen könne. Die Deutschnationalen gehen natürlich in die Regierung, weil sie die „Durchführung“ der Verträge überwachen müssen. Dazu dürfen wir es nicht kommen lassen. Wir dürfen daher in diesem Reichstag nicht für die Verträge von Locarno stimmen, wenn die Deutschnationalen nicht auch dafür stimmen. (Zustimmung.) Das bedeutet die Auflösung des Reichstages. Die Bildung der großen Koalition ist in diesem Lande unmöglich. (Weißfall und Händeklatschen.)

Vertrauensvotum für Painlevé.

Die Sozialisten enthalten sich der Stimme. — Krise im Fraktionsvorstand.

Die gestrige Kammer Sitzung fand unter großem Andrang des Publikums statt. Der Einzug der neuen Minister vollzog sich ohne irgendeinen Zwischenfall, obwohl die Kammer einen härteren Besuch als je aufwies. Während der Verlesung der Ministererklärung waren etwa 500 Abgeordnete anwesend. Die Stellen der Erklärung, die sich mit Marokko und Syrien befaßten, lösten Widerspruch aus, und es kam stellenweise zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien des Kartells der Linken und der Opposition. Als der Ministerpräsident die Stelle verlas, in der es heißt, daß Frankreich auf den Staatsmann stolz sein könne, der den Vertrag von Locarno zum Abschluß gebracht habe, wurden Außenminister Briand stürmische Ovationen dargebracht.

In der gestrigen nachmittags vom Ministerpräsidenten Painlevé in der Kammer und vom Justizminister Chaulempy im Senat verlesenen ministeriellen Erklärung heißt es: Die Regierung, die sich heute dem Parlament vorstellt, muß eine Regierung sofortiger Realisierung sein. Um die unerlässliche Einheit der Entscheidungen zu garantieren, ist eine Regierung gebildet worden, die von der Notwendigkeit führender Maßnahmen überzeugt und eines Sinnes ist über die in Zukunft einzuschlagenden Maßnahmen. Das finanzielle Problem ist ein vitales Problem. Deshalb hat in der neuen Regierung der Ministerpräsident die Finanzen übernommen. Man kann nicht fortgesetzt in wirtschaftlicher Unfähigkeit leben, weil sie den Geist der Parlamentaristik behindert und den Kredit Frankreichs im Auslande bedroht. In finanzieller Hinsicht sind wirkungsvolle Maßnahmen nur möglich, wenn sie die voll überlegte Zustimmung der Bürger finden. Wir werden aufrichtig unsere Finanzlage und das vollkommene Problem der Maßnahmen, die erforderlich werden, entwickeln. Die einzige Einnahmequelle muß der Steuerweg bleiben. Die ministerielle Erklärung kündigt dann die Gründung einer Amortisationskasse an, die autonom und vom Staate unabhängig sein soll. Dadurch hofft die Regierung eine Stabilisierung der Währung zu erzielen. Der Franken könne aber erst dann von jeder Erhöhung bewahrt werden, wenn die Regelung der Kriegsschulden mit den alliierten Ländern erfolgt sei.

Die Regierungserklärung kündigt alsdann Gesehe zugunsten der Kriegsverwundeten und der Kriegsgesopfen an. Außerdem wird sie die erforderlichen Mittel zur Fortsetzung des Wiederaufbaues zur Verfügung stellen, die soziale Gesetzgebung zur Verabshiedung bringen und eine praktische Lösung der Wohnungsfrage finden. Hinsichtlich der Militärreform wird die Einführung der einjährigen Dienstzeit angekündigt, ebenso die Wahlreform. Schließlich wird noch über die Lage in Marokko berichtet. Die Verbindung zwischen Fes und Algier sei wiederhergestellt. Die Regierungserklärung bringt nochmals den Friedenswillen zum Ausdruck. Bezüglich der Vorgänge in Syrien würden alle Verantwortlichen festgestellt werden. Die ministerielle Erklärung schließt ihre Ausführungen über die internationale Politik Frankreichs und die Frage des europäischen Friedens. Ein uneinigtes Europa sei zum Untergang verurteilt. Die Aera der Schwierigkeiten unter den Völkern sei gewiß noch nicht zu Ende, aber man erblicke endlich einen Ausweg: Der Weg des Friedens sei geebnet worden. Die auswärtige Politik ist nicht mehr die Politik einer Partei, sondern sie hat die Zustimmung der ungeheuren Mehrheit des Volkes gefunden.

Am 11 Uhr abends war die Debatte in der Kammer über die Interpellationen der allgemeinen Politik der Regierung Painlevé beendet. Die Interpellationen über Spezialfragen waren auf Wunsch der Regierung zurückgestellt worden. Es fand die Abstimmung über eine von der Regierung angenommene Vertrauensresolution statt, die von den bürgerlichen Linksparteien eingebracht worden war und folgenden Wortlaut hat:

„Die Kammer billigt die Erklärung der Regierung und hat das Vertrauen zu ihr, daß sie im vollen Einverständnis mit der republikanischen Mehrheit eine Politik des Friedens und der finanziellen Sanierung durchführen wird. Sie lehnt jede Zusatzfugung ab und geht zur Tagesordnung über.“

Das Ergebnis der Abstimmung war: für die Regierung 221 Stimmen, gegen sie 189. Außer den 100 Sozialisten hatte sich etwa 1 Duzend Abgeordnete von der sog. republikanischen Linken, die zwischen dem Linksbund und dem nationalen Block stehen, der Stimme enthalten.

Vor der Abstimmung gab namens der sozialistischen Fraktion Gen. Paul Faure eine Erklärung ab, wonach die Sozialisten nicht in der Lage wären, der Regierung ihr Vertrauen zu gewähren. Das bedeute aber nicht, daß die Sozialisten es gegebenenfalls ablehnen würden, einer von der Regierung Painlevé getragenen Politik ihre Zustimmung zu geben, die in klarer Weise den Wünschen der breiten Massen des Volkes Rechnung tragen würde. Wer die Unterstützung der sozialistischen Fraktion sich zu sichern beabsichtigt sei, wisse nun, woran er sich zu halten haben würde.

Unmittelbar vor der Abstimmung hatte Painlevé bei der Beantwortung der Interpellationen eine Rede gehalten, in der besonders ein Satz auffiel, der vielfach erörtert wurde. Gegenüber den Kritiken der Rechten, die ihm vorgeworfen hatte, daß die jenseits beendete Regierungskrise auf Grund außerparlamentarischer Beschlüsse, nämlich als Resultat des radikalen Kongresses von Nizza, ausgebrochen sei, erklärte er, er sei jederzeit bereit, von seinem Posten als Ministerpräsident zurückzutreten. Wenn aber die Kammer der Ueberzeugung sei, daß das von seiner Regierung entwickelte Programm für die Rettung des Landes notwendig sei, dann bitte er die Abgeordneten, diesem Programm ihre Zustimmung zu geben.

Dieser Satz wurde allgemein dahin kommentiert, daß Painlevé bereit sei, auf eine lediglich von den Linksparteien gestellte Mehrheit zu verzichten und die Unterstützung von Elementen der Mittelparteien wieder anzunehmen, ähnlich wie bei der Bildung seiner ersten Kammer zu Beginn des Sommers, denn er appellierte mit diesen Worten nicht nur lediglich an den Linksbund, sondern an die Kammer schlechthin. Der allgemeine Eindruck unmittelbar nach der Abstimmung war der, daß die Existenz der neuen Regierung Painlevé nunmehr für die nächsten Wochen gesichert ist.

Im Laufe des Abends wurde bekannt, daß die Genossen Moutet, Paul Boncour, Renaudel und Vincent Auriant als Protest gegen die von ihnen bekämpfte Stellungnahme der Mehrheit des Nationalrats ihre Demission als Mitglieder der politischen Kommission der sozialistischen Kammerfraktion, die etwa dem deutschen sozialdemokratischen Fraktionsvorstand entspricht, gegeben haben. In bürgerlichen Kreisen verbreiteten sich — anknüpfend an diese Nachricht — wilde Gerüchte über eine bevorstehende Spaltung der Sozialistischen Partei. Daran ist natürlich kein wahres Wort.

Vollständige Enttarnung des Dolchstoß-Schwindels.

Im Dolchstoßprozeß hat die „Woche der Sachverständigen“ begonnen. Da man voraussetzen durfte, daß diese sechs Herren ihr Urteil in ruhiger Sachlichkeit abgeben werden, so daß die bisher üblichen dramatischen Höhepunkte nicht in Aussicht stehen, hatte das allgemeine Interesse sichtlich nachgelassen. Die Art und Weise, wie der hochangesehene Gelehrte Professor und Geheimrat Dr. Hans Delbrück seine Ansicht über den Dolchstoß der „Süddeutschen Monatshefte“ vortrug, war jedoch nicht nur reich an dramatischem Leben, sondern überraschte vor allem durch die absolut klare Entschiedenheit, mit der er die Sozialdemokratie und ihre Führer mit Einschluß der früheren U.S.P.-Kreise freisprach von den gemeinen Verleumdungen Cohnmanns und mit der er weiter ohne Dichten und Deuteln

Die beiden Dolchstoßhefte des Alägers für eine glatte tendenziöse Fälschung

der geschichtlichen Tatsachen erklärte. Dieses nüchterne Geschichtsurteil eines bewährten Anhängers des alten Deutschland wirkte wie eine unerfüllbare Auflage vor der Göttin Victoria selbst.

Am Eingang seines Gutachtens erklärte Geheimrat Delbrück, daß er mit allen Fasern des Herzens am alten Deutschland hänge, „aber ich weiß, daß Politik nur gemacht werden kann im Zusammenwirken von Kopf und Herz, und wenn beide miteinander in Widerspruch kommen, muß der Kopf die Oberhand behalten. So habe ich mich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß jetzt Deutschland nur in der Form einer demokratischen Republik leben kann, und ich muß auf diesem Boden wirken. Ich bin aber keiner Partei beigetreten, sondern habe nur, wenn ich das praktisch für notwendig hielt, die Demokratische Partei unterstützt.“

Das Entscheidende der ganzen Dolchstoßfrage ist, warum wir den Krieg verloren haben. Wir verloren ihn dadurch, daß die große Offensive, auf die unsere ganze Hoffnung gesetzt war, am 21. März 1918 zwar einen ruhmvollen taktischen Erfolg, aber keinen strategischen Erfolg gebracht hat. Sie ist vom Standpunkt der Strategie als ein tatsächlicher Mißerfolg hinzustellen, denn die erreichten Stellungen waren unglücklicher als die alten. Es waren dieselben unglücklichen Stellungen, die wir 1 1/2 Jahre vorher freiwillig geräumt hatten. Die Schuld liegt nach meiner Meinung an überaus schweren Fehlern der militärischen Führer. Da jetzt um das ein, was ich als zweite Auffassung vom Wesen des Dolchstoßes auffasse, nämlich das allmähliche Nachlassen unserer Kräfte. Es ist kein Zweifel, daß dabei auch die Stimmung unter den Truppen, die von der Heimat genährt wurde, eine Rolle gespielt hat, aber es ist doch wohl zu unterzeichnen, wieviel von den Einwirkungen der Heimat auf die Truppen auf die revolutionäre Agitation entfällt und wieviel dabei einfach die materielle Not ausgemacht hat. Dazu kommt noch, daß sich immer mehr die Auffassung verbreitete, die Fortsetzung des Krieges sei überflüssig; Deutschland hätte einen Verständigungsfrieden haben können.

Vergleichen wir die Durchführbarkeit der wirtschaftlichen Lage, die unzulängliche Verpflegung und Ausattung der Front, die Ueberzeugung, daß man den Frieden hätte haben können, wenn man ihn nur ernstlich wollte, die grauenvollen Menschenverluste, die Empörung von der Uebermacht der feindlichen Front, weiterhin die Erkenntnis der ungenügenden Wirkung des Unterseebootkrieges, von der man uns so viel erzählt hatte, sowie die Erkenntnis, die sich allmählich immer mehr durchsetzte, daß die Regierung und die Oberste Seeresleitung die öffentliche Meinung inematisch getäuscht hatten, und fragt man sich nun bei diesem Vergleich, wieviel hat da eine inematische Agitation bei der moralischen Zermürbung der Front durch die Sozialdemokraten mitgewirkt, so muß man zu der Erkenntnis und zu dem Urteil kommen, daß diese Agitation ein nur ganz unbedeutendes Moment in dem großen Ganzen gewesen ist. Daß die Generale und Admirale, die eine fälschende Stellung hatten, das nicht zugeben, das will ich ihnen insoweit gar nicht verdenken. Denn sie gehören mit in den Kreis der Schuldigen. Ihre Auffassungen sind subjektiv gefärbt.

Ich glaube, daß das Ergebnis der Zeugenaussage etwas anders ausgefallen wäre, wenn nicht nur Admirale, Generale und Stabsoffiziere, sondern

auch Frontsoldaten zu Worte gekommen wären.

Denn auf die Stimmung der Front kommt es doch sehr viel an, und diese Stimmung ist nicht identisch mit der im Hauptquartier und bei den Stäben. Nun ist für diesen Prozeß wichtig, ob Cohnmann für den Inhalt der „Süddeutschen Monatshefte“ verantwortlich ist. Er ist natürlich nicht für jede einzelne Wendung verantwortlich, aber für den Geist des Ganzen trägt er die Verantwortung, und in diesem Fall um so mehr, als er ja offensichtlich die Mitarbeiter ausuchte und ganz einseitig zusammengeheilt hat. Die

Gegenpartei kommt in diesen Dolchstoßheften überhaupt gar nicht zu Wort. Dafür ist nun der Herausgeber verantwortlich, und zudem ist für die ganze Einleitung und für das ganze Nachwort unzweifelhaft Cohnmann persönlich verantwortlich zu machen.

Jetzt zur Hauptfrage: Sind diese Hefte nach der Hauptaufgabe des Beklagten eine Geschichtsfälschung? Da kann ich Cohnmann nicht helfen. Es ist eine Geschichtsfälschung um so schlimmerer Art, als sie gleichzeitig eine Völlerverstümmelung darstellt. Ich kann es den ungerechten Beschuldigten nicht verdenken, wenn sie sich in schärften Ausdrücken dagegen verwahren; eine kühle, sachliche Widerlegung würde nicht durchgedrungen sein. Die leidenschaftlichen Angriffe mußten leidenschaftlich beantwortet werden. Solche Beschuldigungen ruhen bei den Angegriffenen Empörung hervor, die sich äußern muß.

In der dann folgenden Fragestellung Cohnmanns und seines Verteidigers erklärte der Sachverständige Delbrück u. a., daß auch die U.S.P. im wesentlichen frei ist von einer Schuld an der Zermürbung der Front. Ganz frei sei sie allerdings nicht zu sprechen, aber hier handele es sich nicht darum, sondern um die Tatsache, daß die Angriffe zweifellos die jetzige Sozialdemokratie treffen sollten. Daran ändert nichts, daß an manchen Stellen der Dolchstoßhefte Unterscheidungen nach dieser Richtung gemacht worden sind. Denn es handelt sich hier um den Gesamteindruck, und der geht gegen die Sozialdemokratische Partei schlechthin. Im übrigen enthalten die Hefte für mich nichts Neues. Das möchte laune ich, anderes ahnte ich. Wichtiges und Allerwichtigstes aber haben wir aus den Zeugnisaussagen erfahren, so z. B., daß am 28. Oktober 1918 wirklich der Befehl zum Anstalten der Klotze zum Entscheidungslampf, zur Vernichtungsschlacht, gegeben wurde. Das wurde bisher nicht nur nicht zugegeben, sondern in der feierlichen Weise abgelehnt. Am Schluß redete Cohnmann dem Sachverständigen zu, er möge doch zugeben, daß die Dolchstoßhefte sich ganz wesentlich über das Niveau anderer Veröffentlichungen dieser Art erheben hätten, aber Delbrück bleibt unerfüllbar bei seinem lapidaren Urteil: Die Dolchstoßhefte sind einseitig und tendenziös.

Die Umstellung in der K. P. D.

Die Parteikonferenz der K. P. D. hat das Siegel unter die Umstellung der Kommunistischen Partei gesetzt. Die Beschlüsse der russischen Exekutive in Moskau werden ausgeführt. Die Personalumstellung innerhalb der Kommunistischen Partei erscheint nach dieser Parteikonferenz einseitigender als man annehmen konnte. So schloß sich damals die Führer der brandenburgischen Richtung nicht abgesetzt worden wie auf dieser Parteikonferenz Ruth Fischer, Maslow und Scholem. Gegen Scholem wurde ein Antrag angenommen, der sein Ausscheiden aus der Zentrale verlangt.

Ueber die Politik, die die kommunistische Partei in der Zukunft einschlagen wird, lagen die Beschlüsse dieser Konferenz trotz vieler Worte wenig. Die Kommunisten wollen sich im Reichstag und Landtag völlige Unabhängigkeit wahren, sie wollen namentlich im Hinblick auf die preussische Politik sich gegenüber jeder Regierung von Fall zu Fall entscheiden, ohne dabei Rücksicht auf die Haltung anderer Parteien zu nehmen. Für die Kommunalpolitik wollen sie, wo es angängig ist, mit den Sozialdemokraten zusammengehen. Das gilt namentlich auch für Berlin. Für die praktische Politik der nächsten Zukunft wird es dabei darauf ankommen, aus welchen Motiven dieser Wille zur Zusammenarbeit entspringt und welchen Zielen er dienen soll.

Die Rede, die der Vertreter der Exekutive der Komintern auf der Parteikonferenz gehalten hat, gibt Anlaß, diese Frage auf das schärfste zu stellen. Zunächst könnte man aus dieser Rede entnehmen, daß es den Kommunisten unter dem neuen Kurs wirklich darauf ankäme, Arbeiterpolitik zu betreiben. Es heißt in dieser Rede:

„Gemüht euch, Genossen, zu beweisen, daß das Vertrauen, das auch das Berliner Proletariat durch die Wahl von 13 Kommunisten ins Berliner Rathaus gesetzt hat, nicht nur das einzige Programm der Enttarnung der Sozialdemokraten mit sich bringt, sondern auch eine sofortige Besserung der Lage der Arbeiterklasse Berlins.“

Man will also angeblich die Lage der Arbeiterklasse verbessern. Wie aber reimt sich das zusammen mit der „Enttarnung der Sozialdemokratie“? Das heißt: Man will unmögliche agitatorische Anträge stellen, um dann der Sozialdemokratie die Schuld für eine nicht eingetretene Besserung der Lage der Arbeiterklasse geben zu können.

Die ganze Halbheit und Unehrlichkeit der früheren kommunistischen Politik bleibt also erhalten. Man will einmal einen demagogischen Kurs einschlagen, um sozialdemokratische Arbeiter einzufangen, man fürchtet sich andererseits aber vor den sozialdemokratischen Arbeitern, die man vielleicht fangen könnte. Unter diesen Umständen wird man die kommunistische Politik nur weiter mit dem größten Mißtrauen begegnen müssen.

Die Neugruppierung der Rheinlandbesatzung.

Von authentischer Seite wird dem „Mainzer Generalanzeiger“ mitgeteilt: Es ist nunmehr endgültig bestimmt, daß die englische Rheinarmee etwa 10 000 Mann nach der Räumung Kölns in das Gebiet des rechtsrheinischen Brückenkopfes, und zwar in die Kreise Wiesbaden-Stadt, Wiesbaden-Land, Rheingau und Untertaunuskreis verlegt wird. In der Stadt Wiesbaden wird das englische Hauptquartier und der gesamte Generalstab untergebracht. Der Termin der Ueberführung ist noch nicht bestimmt. Die in den von den Engländern zu besetzenden Gebieten untergebrachten französischen Regimenter und sonstigen Formationen werden voraussichtlich nach den Kreisen Kreuznach, Bingen und Mainz verlegt. Die des Generalkommandos des 30. Armeekorps soll die Stadt Kreuznach werden. Wie weiter verläuft, sollen in dem von französischen Truppen besetzten Rheinland die Stellen von 33 Kreisdelegierten eingegeben werden.

Das Ergebnis der englischen Gemeindevahlen.

Große Erfolge der Arbeiterpartei.

Nach den endgültigen Berichten hat die Arbeiterpartei bei den Gemeindevahlen 132 Sitze gewonnen zu verzeichnen, darunter 47 in der Provinz und 85 in London. In London hat die Arbeiterpartei in acht von 28 Gemeinderäten die Mehrheit. In den neuen Gemeinderäten werden 364 Arbeitervertreter und 1002 andere Vertreter gegenüber 277 bzw. 1053 bei den letzten Wahlen. (Die Zahl der Sitze ist seit den letzten Wahlen vermehrt worden.)

Die Ödrana in Polen.

Im Herbst 1924 wurden bekanntlich in Graudenz Mitglieder der G u t t e m p l e r l o g e von der politischen Polizei wegen Hochverrats verhaftet. Das Verdict mußte jedoch das Verfahren gegen sie einstellen, da der Agent der Staatspolizei Szwalewski nicht einen einzigen Beweis für seine Behauptungen erbringen konnte. Ja, es stellte sich heraus, daß er seine Behauptungen mit vollem Bewußtsein ihrer Unwahrheit aufgestellt hatte. Trotzdem schlug das Verdict das Verfahren zwar nieder, erkannte aber die Verantwortlichkeit zur Zahlung von Entschädigung wegen erlittener Untersuchungskosten nicht an. Die Mitglieder des G u t t e m p l e r o r d e n s mußten daher, um sich vollständig reinzuwaschen, Klage gegen den Agenten Szwalewski und den Polizeikommissar einreichen.

Beachtend für das Vorzeichen des Szwalewski ist, daß er, um einen Beweis für seine Behauptungen zu haben, daß die Mitglieder der G u t t e m p l e r l o g e in Graudenz durch Briefschaften mit Deutschland verkehren, selbst eine Briefkastenliste und in das Haus eines Mitglieds der Loge einschmuggelte. Ebenso hat er eine Schachtel mit Pulver in den Keller der Anwaltskanzlei geschmuggelt. Sogar das polnische Blatt „Rozwiazanie“ bezeichnet diese Methoden als „widerrätliche Methoden der zaristischen Ödrana“. Nur polnische Wächter scheinen anders zu denken, denn bisher ist von Gerichtsseite noch immer nichts gegen Szwalewski unternommen worden.

In einer Interpellation verlangen die deutschen Abgeordneten im Reichstag sofortiges Einschreiten der Gerichte gegen dieses Verbrechen.

Für freies geistiges Schaffen. Der Verband der linksgerichteten Verleger Deutschlands hat beschlossen, eine Denkschrift für den Reichsausschuß des Reichstages und für das Justizministerium über die Justizwillkür und die Unterdrückung des freien geistigen Schaffens auszuarbeiten. Der gleiche Verband wird am 22. November im Lehrvereinshaus in Berlin eine Kundgebung unter der Parole: „Gegen die Justizwillkür, für freies geistiges Schaffen“ einberufen. Als Redner sind neben einigen prominenten Anwälten, verschiedene Künstler, die selbst unter der Justizwillkür zu leiden hatten, wie Becker, Mühsam, Toller usw. in Aussicht genommen.

Frankes Bezeichnung. Gestern fand die feierliche Bezeichnung Frankes auf dem Roten Platz an der Kremloauer, in der Nähe des Lenin-Mausoleums statt. Im Augenblick der Bezeichnung, um 1 Uhr mittags, wurden in Moskau und in allen Städten der Sowjetunion Geschützsalven abgefeuert. Die Fabriken gaben Trauersignale.

Gandung in der Villa Gorkis. Wie die sozialistische Presse mitteilt, wurde vor einigen Tagen in der Villa Maxim Gorkis in Toront eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wegen Gorkis einen Protest an Mussolini richtete. Die italienische Regierung hat nun geantwortet, der Zweck der Hausdurchsuchung sei gewesen, festzustellen, ob zwischen dem Sekretär Gorkis und der italienischen Opposition Beziehungen beständen.

Bürgermeisterwahl in New York. Bei den städtischen Wahlen wurde der demokratische Kandidat, Staatssekretär James Walker, zum Bürgermeister von New York gewählt.

„Intermezzo“

eine bürgerliche Komödie mit finjonischen Zwischenstücken von Richard Strauß.

Die Komödie hat folgenden Inhalt:

I. Aufzug. 1. Szene.

(Im Ankleidezimmer, vor der Abreise des Mannes, offene Reisetasche, große Unordnung, 7 Uhr früh.)

Söhne musikalische Einleitung, unmittelbar mit dem Motiv des Mannes, das im Rhythmus den Namen „Richard Strauß“ umschreibt, beginnt die Oper.

Frau Christine ruft in größter Nervosität nach ihrer Jungfer („Anna, Anna“) — ein Dienstmädchengespräch führt zum ehelichen Bank. Dem reichhaltigen Wesen der Frau legt der Mann Liebe und Veranlassung entgegen, ihrem Verlangen den Begriff wirklicher Arbeit (Thema des Schaffens bei „nur produzierendes Denken...“). Als sie sich seiner Ueberlegenheit gegenüber mit Schimpfen hilft („Fiebiener“) geht er mühsam davon — frühmorgens, Christine verabschiedet sich einigermassen, als die mit Faseten beladene Jungfer Anna eintritt und kontrolliert scharf das Einpacken, ob auch nichts vergessen ist. (Die Musik untermal hierüber ausgezeichnet den Text, z. B. bei „Schinken“ grunzen die Schweine; man hört förmlich das bellende Auslaufen des Hundes; das Gurgeln u. a. m.) Robert kehrt zurück und sofort ist der Streit von neuem an. Veranlassung nennt Christine ihren Mann einen „Muffanten“, einen „Lapellmeister“, der den Wohlgeruch im Parfett seine Gefühle im Bierdierelastik preisgibt und den Dampfmann „schilt“. (Im Orchester erklingt ironisierend dazu aus Gounods „Margarethe“, „Lasse mich... in dein selbes Antlitz schauen.“) Schließlich reißt Robert der Gebildeten, „I renn mit einem „unaussehliche Krasshüte, du!“ davon. Anna ist er zur Tür hinaus, scharf ist ihm in liegendem Gedanken durch das Fenster nach fernmählich errort im Orchester das Ephemeral. Bei dem nun folgenden Frisieren hat Christine wieder Gelegenheit, neben manchen Verabschiedungen, ihre Mut an der Jungfer Anna anzulassen, die ihr nichts recht macht, bis sie ins Samenerren über ihre Einigkeit und den sie vernachlässigenden Mann gerät. „Er ist ja gar kein Dammann!“ (Im Orchester dazu ein „Lapellmeister“ des Themas, das später auf der Baronin am Ende der ersten Szene wieder erklingen soll.) Das Telefon läutet, Christine leidet. „Wer ist das?“ „Hilgus sehr heiter.“ „Aha, Frau Hus — Schinkenbelanden?“ — Sehr gerne! — Ha-

na, na!“ Aber Horn und Mikmut ist verrannt und mit der Frage an die Jungfer, die in den nachfolgenden Gebührensüberungen ihrer Herrin ihr getrautes Ebenbild ist: „Was soll ich anzeigen, Anna?“ schließt das erste Bild.

Zwischenstück. Großes Durcheinander. Man hört „Anna, Anna“ schreien. Endlich scheint die wässende Musik gefunden zu sein. Das Ephemeral breitet sich aus.

2. Szene.

Auf der Rodelbahn.

Schlitten fahren den Berg hinab (Hörn, Geigen, Farnen — Glühaudi, Alpen-Symphonie — Reminiszenzen).

Baron Sumner (Thema), der auf Stiern die Rodelbahn überqueren will, wird von der herabfahrenden Frau Christine umgefahren. Sie beschimpft ihn („Giel“), er nennt seinen Namen und es stellt sich heraus, daß der Baron ein Bekannter ihrer Eltern ist. Sie macht sich ihm als Frau Postkapellmeister Storch bekannt („Richard Strauß“-Thema) und bittet ihn, sie zu besuchen.

Zwischenstück: Der Zweiertelakt der Rodelbahn geht allmählich im Salzerhythmus über; der schmissige S-Dur-Zeil leitet den Bauerakt ein.

3. Szene.

Ball beim Grundbesitzer.

Die Szene beginnt mit einem honorarischen Schutzplatter, der von einem Salzer abgelöst wird. Christine und der Baron haben sich, belanglos plaudernd, unter die Tanzenden gemischt.

Zwischenstück: Der Salzer erreicht seinen Höhepunkt und verflingt dann allmählich.

4. Szene.

Möbliertes Zimmer im Hause des Notars.

Christine hat für den jungen Baron, mit dem sich so gut tanzen und Sport treiben läßt, Interesse und miert für ihn ein Zimmer im Hause des Notars.

Zwischenstück: Christine denkt mit Wohlgefallen an den jungen Baron und — auch noch ihres Rodelunfalls.

5. Szene.

Chämmer der Frau Storch.

Christine schreibt an ihren Mann. Sie erzählt ihm von dem Baron und bittet ihn, sich seiner anzunehmen. Der Baron erscheint bei der Abrechnung des Personalvermögens und mit der Frau gleich beim Rechnen helfen. Schließlich gerät der Bericht ins Stocken. Der Baron hat eine Brie auf dem Herzen, weiß sie aber nicht anzuerkennen, da die

Frau ihn vor lauter Lobeshymnen (Ephemeral) auf ihren „Gehrüppel“ nicht zu Wort kommen läßt. Er muß unerwarteter Dinge wieder absehen. Christine bleibt in sehnsüchtigen Träumen verfunken, zurück. Ihre Gedanken schweifen von dem Baron ab und weilen bei dem geliebten Manne.

Das Zwischenstück offenbart Christines wahren Charakter, sowohl ihr tiefes Gemüt als auch ihre scharfen Ecken und Kanten.

6. Szene.

Zimmer des Barons im Hause des Notars.

Der Baron faulenz auf dem Diwan, pfeift (böshast in disponierenden Quartier) und sinniert nach, wie er seinen Wunsch der Frau Christine befriedigen kann. Sein Verlangen, das sich keine „Bude“ mal ansehen will, entfernt er schließlich aus Angst, die Notarin könne seiner freigelegten Patronin Christine etwas von seinem Verhältnissen erzählen und beginnt schließlich Christine sein Herz auszuschnitten, da es ihm mündlich nicht gelingen ist.

Zwischenstück: Der Brief des Barons, trefflich wird seine Dreistigkeit musikalisch illustriert. Zum Schluß wird der Brief verriegelt. Der Siegelack tropft und mit musikalischem Effekt wird das Postfach aufgedrückt.

7. Szene.

Chämmer der Frau.

Christine hat den Brief des Barons erhalten, worin er sie dreißig um 1000 Mark anpumpt. Der Baron erscheint, wird aber ungenädig empfangen und mit seinem Anliegen abgewiesen. Das Dienstmädchen bringt einen Brief, der die Adresse Roberts, ihres Mannes, trägt. Christine öffnet ihn und liest: „Lieber Schatz! Schicke mir doch wieder zwei Billette morgen zur Oper! Nachher in der Bar wie immer! Deine Miese Maier.“ Sie schreibt sofort auf (Triolenmotiv), verabschiedet flüchtig den Baron, kündigt in höchster Erregung ihrem Manne telegraphisch die Sachding an und sinkt erschöpft mit dem Ausrufe „Miese Maier!“ in den Stuhl.

Zwischenstück: Empörung und Verärgerung Christines.

8. Szene.

Schlafzimmer des Kindes.

Christine am Bettchen des Kindes, schilt auf den bösen und schlechten Vater (Triolenmotiv), der von seinem (durch die Dose illustrierten) „Bubi“ aber tapfer verteidigt wird. Gebrochen sinkt Christine schließlich betend am Bett des schlafenden Kindes nieder. Hans Friederich.

Wichtige Entscheidungen im Roten Hause.

Die Unterstützung der ausgesperrten Werftarbeiter. — Die Gründung der Verkehrsgesellschaft beschlossen. Die Unterstützung der Heubuder Abgebrannten. — Ein Agitationsvorstoß gegen die Krankenkasse.

In der Stadtbürgerchaft gab es gestern bedeutungsvolle Entscheidungen. In erster Linie war es die Abstimmung über die Gründung einer städtischen Verkehrsgesellschaft, gegen die man von fortschrittlicher Seite so sehr Sturm gelaufen hatte. Es gab gestern nur noch eine verhältnismäßig kurze Debatte darüber. Die Liberale Partei hatte sich im Hinblick von der Notwendigkeit der Verstadtlung des Autobusverkehrs überzeugen lassen müssen und trat nun ebenfalls für die Vorlage ein. Selbst die Deutschnationalen hatten sich den zwingenden Gründen einer Verkehrsverstaatlichung nicht entziehen können. Sie suchten ihre privatkapitalistischen Anhänger und Interessenten jedoch damit zu beruhigen — oder richtiger zu täuschen —, daß sie die Angliederung an die Straßenbahngesellschaft vorschlugen. In der Praxis läuft diese Lösung fast auf das Gleiche hinaus. Nach teilweise sehr scharfem Meinungssturm kam die Vorlage mit 28 gegen 17 Stimmen zur Annahme. Als Feinde des Fortschritts stimmten die Deutschnationalen, Deutschsozialen und die Volksparteier gegen die Vorlage.

Vorher war auch über die Unterstützung der ausgesperrten Werftarbeiter beraten, abgestimmt. Auch diese wurden mit großer Mehrheit angenommen. Ueber die Unterstützung der Opfer der Heubuder Brandkatastrophe gab es eine kurze Aussprache. An Stelle eines ungeschickt formulierten Agitationsantrages der Kommunisten wurde ein von den Sozialdemokraten gemachter Vorschlag angenommen, nachdem die Unterstützung nach der Bedürftigkeit geregelt werden soll.

Im übrigen gab es noch eine ausgiebige Debatte über die Ortskrankenkasse. Die Deutschnationalen und auch das Zentrum fühlten sich bemüht, ihre Agitation zur Neuwahl der Krankenkassenorgane durch Angriffe auf die Sozialdemokratie zu bestreiten. Die Entscheidung werden die Krankenkassenmitglieder am Sonntag selbst am besten zu treffen wissen.

Hilfe für die Werftarbeiter.

Zu Beginn der Stadtbürgerchaftssitzung teilte der Stadtbürgerchaftsvorsteher Brunzen mit, daß einstweilen Senator Runge die Vermaltung des Schloß- und Viehhofes und der Markthalle übernommen hat. Sodann schritt man zur Abstimmung über den Antrag des Sen. Warner und Fraktion, der fordert, bei der Firma Danziger Werft und Eisenbahn-Werksstätte, A.-G., festzustellen, ob die Arbeiter infolge Zeitstreit entlassen, also ausgesperrt sind, oder ob die entlassenen Arbeiter als zur Zeit dauernd entlassen gelten, ferner die Firma zu ersuchen, ordnungsmäßige Entlassungsbescheinigungen auszustellen.

Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 29 gegen 8 Stimmen angenommen. Ein Antrag der Kommunisten, den entlassenen Arbeitern und Angestellten der Danziger Werft die Wohlfahrtsunterstützung zu gewähren, wurde mit 20 gegen 15 Stimmen angenommen.

Ferner lag ein Antrag der Kommunisten vor, der verlangte, den durch die Brandkatastrophe in Heubude in Mitleidenschaft gezogene Familien je 1000 Gulden zur Behebung der größten Not zur Verfügung zu stellen. Es sollen außerdem für die betroffenen Familien Häuser errichtet werden, die ihnen die Möglichkeit geben, bald in den Besitz einer Wohnung zu gelangen. — Der Senat hat gebeten, diesen Antrag abzulehnen, da er auf dem Standpunkt steht, nach Maßgabe für eine Entscheidung der in Mitleidenschaft gezogenen Familien zu sorgen. Außerdem sei durch mildtätige Hände bereits viel Unglück behoben worden.

Stadtbg. v. Malachinski (Komm.) suchte hierauf den Antrag seiner Fraktion zu begründen. Es sei Sache der Stadt Danzig, für die Linderung der Not zu sorgen. Man dürfe sich auf private Wohltätigkeit nicht beschränken. Der Redner kritisierte sodann die schlechte Beschaffenheit der Heubuder Straßen, die daran schuld seien, daß das Brandunglück so große Formen habe annehmen können.

Die Folgen des Heubuder Brandes sollen behoben werden.

Zu der gleichen Angelegenheit sprach Stadtbg. Gen. Lehmann, der selbst tätigen Anteil an der Hilfeleistung für die von dem Brande in Mitleidenschaft gezogenen Familien genommen hat. Er schilderte eingehend die entsetzlichen Folgen, die das Feuer gezeitigt und die Art und Weise, wie man erste Abhilfe geschaffen hat. Wider alles Erwarten habe die Bebauungsbürokratie es an nicht fehlen lassen, so daß allein durch die private Wohltätigkeit das Wichtigste für die meisten geleistet worden sei. Der Redner wandte sich dann gegen den kommunistischen Antrag, der eine Schematisierung bei der Hilfe für die betroffenen Familien darstelle, die sicherlich größtes Mißbehagen erregen würde. Er stellte deshalb für die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag:

Die Stadtbürgerchaft wolle beschließen, für die abgebrannten Heubuder Familien einen Beitrag bis zu insgesamt 10 000 Gulden zur Verfügung zu stellen. Aus dieser Summe erhalten die Geschädigten durch das Wohlfahrtsamt je nach Bedürftigkeit Zuweisungen. Bei der Verteilung ist der Heubuder Hilfsausschuß, bestehend aus den Herren Stadtvorordneten Lehrer Lehmann, Rektor Schülke und Dr. Wade, sämtlich in Heubude, hinzuzuziehen.

Zu diesem Antrage äußerten sich die Stadtbg. Fabian (Z.) und Groß (dt.-lib.) zustimmend. — In der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag, gegen die Stimmen der Kommunisten, abgelehnt, dagegen fand der Antrag der Sozialdemokraten Annahme durch das gesamte Plenum.

Zu einer langen Diskussion führte hierauf eine Anfrage der Deutschnationalen in bezug auf die Ortskrankenkasse. Von Seiten der Fragesteller sprach Stadtbg. Frau v. Korffleisch. Die Rede, die von durchaus ungenügender Sachkenntnis zeugte, war sicherlich als Agitationsrede für die bevorstehenden Krankenkassenwahlen gedacht. Anlaß hierzu bildete eine angebliche Mißstimmung in der Danziger Bevölkerung über den Entschluß des Krankenkassenvorstandes, mit dem vorgenommenen Neubau des Verwaltungsgebäudes der Ortskrankenkasse die Einrichtung von medizinischen Bädern zu verbinden. Das bedeute den Anfang zur Durchbrechung des Rechtes der freien Arztwahl. Man dürfe es nicht zulassen, daß durch die Krankenkasse ein Ambulatorium oder eine zahnärztliche Klinik geschaffen werde.

Die angeklagte Ortskrankenkasse.

Stadtbg. Dr. Thun (Z.) fühlte sich nun sogleich veranlaßt, in einer nicht endenwollenden Rede gegen die Neuerungen bei der Krankenkasse zu Felde zu ziehen. Er warf den Sozialdemokraten vor, daß sie gegen die freie Arztwahl seien und beklagte sich über

die schlechte Behandlung der Ärzte durch die Krankenkasse, die auf Kosten der Arzterschaft ungeheure Gewinne einstecke und das Geld verschleudere. Die große Macht, die die Krankenkasse heute besitze, sei von großem Schaden für die Arzterschaft. Zuletzt griff der Redner den Vorsitzenden des Oberversicherungsamtes an, den er in einem Falle, der in Poppot viel Staub aufgewirbelt habe, Rechtskräftigung vorwarf. Gegen diesen Vorwurf legte Senator Dr. Biercinski Verwahrung ein.

Stadtbg. Gen. Runge machte einige Richtigstellungen und wies die Ausführungen der Frau v. Korffleisch und des Stadtbg. Dr. Thun aufs energischste zurück. Die Ausführungen der beiden Redner hätten ihre mangelnde Sachkenntnis bewiesen. Die Sozialdemokratie sei heute viel früher unbedingt für die freie Arztwahl. Dr. Thun hätte seine Rede in Poppot halten sollen, sie wäre die beste Agitation für die Liste der freien Gewerkschaften gewesen. Die Neuerungen bei der Ortskrankenkasse hätten mit einer Einschränkung des Rechtes der freien Arztwahl nichts zu tun. Die Ärzte hätten kein Recht, sich über schlechte Einkünfte zu beklagen. Es sei auch falsch, daß der Neubau des Verwaltungsgebäudes der Ortskrankenkasse eine Vergütung von Krankenkassenbeiträgen bedeute, vielmehr werde der Bau aus Reserven, die zurückgestellt worden sind, bestreiten. Ueber die Zustände bei der Poppoter Ortskrankenkasse hätte Dr. Thun am wenigsten Recht, sich zu beklagen. Gerade die Vertreter der christlichen Gewerkschaften seien die Schuldigen gewesen.

Sodann fühlte sich nun Stadtbg. Cierocki berufen, von den Poppoter Mitgliedern seiner Gewerkschaft abzurufen.

Eine Anfrage der Deutschsozialen über die bei dem Bau des Kraftwerkes Bolkau entstandenen Kosten wurde zurückgestellt, da eine Beantwortung in so kurzer Zeit nicht möglich ist.

Ein deutschnationaler Rückzugsmanöver.

Zu einer eingehenden Debatte führte nun die in der vorigen Sitzung vertagte Vorlage des Senats zur Gründung einer Autobus-Verkehrsgesellschaft. Dabei leisteten sich die Deutschnationalen eines ihrer üblichen Rückzugsmanöver, indem sie durch ihren Stadtbg. Müller einen Änderungsantrag zur Senatsvorlage begründeten, der die Gründung einer Verkehrsgesellschaft der Straßenbahn überlassen wollte. Eine Kommunalisierung des Autobusverkehrs sei unzumutbar; die Straßenbahn sei weit besser geeignet, den Autobusverkehr mit zu übernehmen, da sie rationeller wirtschaften werde als die Stadt. Außerdem erfülle sie alle Bedingungen, die man einer Verkehrsgesellschaft stellen müsse.

Stadtb. Dinglage (dt.-Danz.) erklärte noch einmal, daß seine Fraktion sowohl eine Kommunalisierung als auch eine Übernahme des Autobusverkehrs durch die Straßenbahn ablehnen müsse.

Für die Deutschliberalen, die in der vorigen Sitzung die Vertagung der Vorlage beantragt hatten, ließen jetzt durch ihren Stadtbg. Winter ihre Zustimmung klingen. Nachdem der Senat in persönlicher Ansprache bestimmte Zusicherungen für die erste Zeit nach der Übernahme des Autobusverkehrs durch die Stadt gegeben hätte, beständen von Seiten seiner Fraktion gegen die Vorlage keine Bedenken mehr. Wichtig sei auch, daß zunächst nur eine Linie nach Poppot in städtische Hand übergeleitet und ferner eine Autobus- und Straßenbahnlinie im Innern der Stadt auf der Strecke Thornscher Weg — Ballgasse eingerichtet werden solle.

Auch Stadtb. Cierocki (Z.) erklärte sich noch einmal zustimmend.

Die Notwendigkeit der Verstadtlung.

In einer kurzen, aber entschiedenen Rede wies sodann Stadtbg. Gen. Weber den Antrag der Deutschnationalen zurück. Es sei bezeichnend für diese, daß sie versuchten, sich den Rückzug zu decken. Ihr Antrag sei nicht ernst zu nehmen. Wenn die Straßenbahn den Autobusverkehr übernehme, so laufe das auf das Gleiche hinaus, als wenn eine städtische Gesellschaft gegründet würde. Der Artikel der Handelskammer gegen die Kommunalisierung des Autobusverkehrs könne nur als eine Stillübung des Herrn Heinemann gemertet werden. Ein Moment aber, das bisher für den Wunsch auf Kommunalisierung des Autobusverkehrs sei, sei der Umstand, daß die Privatgesellschaften jederzeit ihren Betrieb einstellen könnten, was mit einem Schlags das Verkehrsleben zugrunde richten würde. Die Kommunalisierung stehe im Zeichen des Fortschritts, es sei nichts anderes zu erwarten gewesen, daß die Deutschnationalen, die jeden Fortschritt bekämpfen, sich dagegen wehrten.

Um die deutschnationalen Ehre zu retten, ergriff nun noch Stadtb. Brunzen I das Wort. In reichlich überheblicher und scharfer Weise glaubte er die Haltung der Deutschnationalen als aufrichtig verteidigen zu können. Er pries dann noch einmal die Vorzüge des deutschnationalen Antrages, wobei es zu scharfen Auseinandersetzungen mit sozialdemokratischen Stadtbürgern kam.

Auch Senator Runge wandte sich gegen den deutschnationalen Antrag, der sachlich dasselbe vorlege wie die Senatsvorlage und einen Rückzug der Deutschnationalen auf der ganzen Front bedeute. Die Straßenbahn käme jedoch für eine Übernahme des Autobusverkehrs nicht in Frage, da sie auf Kosten der Stadt leben würde. Von bestimmten Zusicherungen, die er, der Redner, den Liberalen gegeben habe, sei nicht die Rede. Nur nach Möglichkeit könne den verschiedenen Wünschen entgegengekommen werden. So könne es Stadtb. Winter auch nur gemeint haben.

Ueber die Abstimmung entstand noch eine erregte Geschäftsordnungsdebatte. Schließlich wurde außer einigen Änderungsanträgen der Liberalen die Vorlage mit 28 gegen 17 Stimmen angenommen. In den Ausschüßrat der somit begründeten Verkehrsgesellschaft wurden die Stadtbg. Gen. Runge, Dr. Herrmann (dt.-lib.), Cierocki (Z.) und Brunzen I (dt.-nat.) gewählt. Die Stadtbürgerchaft stimmte sodann einstimmig den vom Senat vorgelegenen Notstandsarbeiten, über die wir schon Näheres mitteilten, zu. Zum Schluß wurde noch ein Bericht des Eingabeausschusses entgegengenommen.

Krankenkassenwahl im Städtischen Krankenhaus.

Die Verwaltung des städtischen Krankenhauses hat sich nunmehr bereit erklärt, im Krankenhaus ein Wahllokal zur Wahl des Ausschusses für die Allgemeine Ortskrankenkasse einzurichten. Die Wahl findet bekanntlich am Sonntag, den 8. November, statt. Die in der gestrigen Ausgabe der „Danziger Volksstimme“ gemachten Angaben über die Art der Wahl treffen also für die Mitglieder, die sich im städtischen Krankenhaus befinden, nicht zu. Sie werden ersucht, sich in dort aufliegenden Listen eintragen zu lassen, um so in den Besitz des Wahlausweises zu kommen.

Der Selbstmord in Poppot. Zu dem Bericht über „Ein neues Todesopfer des Spielklubs“ wird uns vom Spielklub mitgeteilt, daß an den als Leiche am Poppoter Nordbad aufgefundenen Josef Nowakowski, eine Kaffiolarie, die zum Vertreter der Spielklubs erforderlich ist, nicht ausgegeben worden ist. Es träge auch nicht zu, daß Nowakowski wegen Reizegeld bei der Kaffinodirektion vorstellig geworden ist, und somit ihm dieses auch nicht verweigert werden konnte. Der Selbstmord hätte also nicht dem Spielklub zur Last gelegt werden. Die Schwärzung von Reizegeld wurde auch nicht prinzipiell abgelehnt, sondern es würden noch heute durchschnittlich 500 Gulden täglich von der Kaffinodirektion für diesen Zweck verausgabt.

Selbstmord eines Danziger Zollbeamten.

Falsche Mordgerüchte!

Bei der Rogalschleife, in der Nähe von Schwabwalde, ist ein Danziger Zollbeamter tot aufgefunden worden. Es wurde zunächst Mord, von Schmugglern verübt, angenommen. Eine heutige Morgenzeitung hat in diesem Sinne auch bereits berichtet.

Die näheren Feststellungen haben jedoch ergeben, daß von einem Mord keine Rede sein kann. Der Tote, es handelt sich um den Zollwachmeister Dorich, ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Er hatte in Schwabwalde an der Rogal seinen Dienst zu verrichten und befand sich achtern von 6 bis 10 Uhr morgens auf Wache. Noch um 1/10 Uhr ist er von einem anderen Zollbeamten im Dienst angetroffen. Als D. nach Beendigung seiner Wache nicht in das Kontrollbüro zurückkehrte, sandte der Leiter der Dienststelle eine Streife aus, die jedoch nach längerem Suchen erfolglos zurückkehrte. Kummert wurde die gefamte Mannschaft der Station nochmals auf die Streife geschickt. Um 1/2 Uhr abends fand man dann den Vermissten bei Schwabwalde tot am Boden liegend vor. Allem Anschein nach liegt Selbsttötung vor. Der Dienstkarabiner des Toten war entladen. Die tödliche Kugel hat den Weg durch den Mund genommen und den Hinterkopf vollständig aufgerissen.

Die Beweggründe der Verzweiflungstat liegen noch im dunkeln. Auch das Verhalten des D. in letzter Zeit ließ nicht darauf schließen, daß er sich mit dem Gedanken eines Freitodes trug.

Betrügereien beim Arbeitgeberverband.

Kein Glück im Spielklub gehabt.

Unter der Beschuldigung der fortgeschritten, schweren Urkundenfälschung und des Betruges hatte sich der Vizevorsitzer Theodor N. vor Gericht zu verantworten. Es handelte sich dabei um recht schwere Entstellungen, die sich der Angeklagte in seiner Stellung als Vizevorsitzer des Arbeitgeberverbandes hatte zu Schulden kommen lassen. Die Angelegenheit stand in Verbindung mit einem Gelddiebstahl, um dessen wegen N. bereits vom Schöffengericht zu einer viermonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden ist. Er hatte den Schöffensitz des Verbandspräsidenten, wahrscheinlich mittels Nachschlüssel, geöffnet und sich daraus eine Summe von 1019 Gulden angeeignet.

Die jetzt zur Anklage stehenden Fälle bezogen sich auf die Fälschung dem Syndikus entworfener Scheckformulare, die N. mit der Namensunterchrift des Syndikus verfaßt und bei der Bank präsentierte, die die Verbandsleiter in Verwahrung hatte. Es handelte sich dabei um drei Beträge von 1000, 2000 und noch einmal 2000 Gulden, welche Beträge N. anstandslos bei seiner Bank hatte ausbezahlt erhalten. Auch in diesem Falle scheinen die Verlodungen des Spielklubs die Ursache der Verbrechen gewesen zu sein. Der Angeklagte war geständig. Er behauptete aber, daß er durch die Verbindung mit einem polnischen Kaufmann veranlaßt worden sei, die Fälschungen zu begeben, um sich mit Kapital gewinnbringend an dessen Unternehmungen beteiligen zu können. Das Ende davon wäre aber gewesen, daß er bei der Sache 2000 Gulden verloren habe und der Pole verschwunden sei. Einmal auf die schiefen Bahnen geraten, wäre er auch nicht vor neuen Betrugsfällen zurückgekehrt, da ihm auch der Spielklub nicht das erhoffte Glück brachte.

Der Gerichtshof verurteilte N. wegen fortgeschritten, schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug zu einem Jahr Gefängnis, welches als Zufallsstrafe zu der wegen des Diebstahls erteilten mit elf Monaten aufgerechnet wird.

Mächtiges Feuer in Schildh.

In der vergangenen Nacht, etwa um 1/2 Uhr, brannte die an der Schillingsfelder Straße gelegene, aus Holz erbaute und 6 Meter tiefe Turmhöhle des Hauses Karthäuser Straße 81, ebenso der darüber befindliche Heuboden. Die daran anschließenden Wohn- und Stallgebäude wurden zwar ebenfalls von den Flammen ergriffen, doch gelang es der Danziger Feuerwehr, die mit drei Rohren das Feuer bekämpfte, die Gebäude zu halten. Erst morgens um 1/5 Uhr konnte die Wehr wieder abrücken.

Ein Ueberfall auf der Danziger Werft.

Gestern morgen zwischen 5 und 1/6 Uhr überfiel auf dem Gelände der Danziger Werft ein Angehöriger der polnischen Marine eine Frau und versuchte sie zu vergewaltigen. Dem Unhold gelang jedoch sein Vorhaben nicht, da die Frau entschiedenen Widerstand leistete. Nach hartem Kampf konnte sie sich in Sicherheit bringen. Hoffentlich wird der Uebeltäter ermittelt und entsprechend bestraft.

Wenn man nicht warten kann. Der 60 Jahre alte Bernsteindrehler Hermann Wilhelm, Ohra, Grauer Weg 16 wohnhaft, sprang gestern nachmittag in der Nähe des Brunnhöfer Weges von einem fahrenden Straßenbahnwagen und kam dabei zu Fall. W. der einen Unterkieferbruch erlitten hat, fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Einem gräßlichen Tod fand auf dem Hofe des Besitzers M e c e l b u r g e r in Freienhuben (Niederung) der an der Lokomotive beschäftigte Arbeiter Post. Auf dem Bestium wurde geschrieen, P. bediente dabei die Lokomotive. Herr M., der anfangs zugegen gewesen war, wurde zur Notschlichtung eines Schweines abgerufen. Wenige Augenblicke später sah Frau M. vom Küchenfenster aus, wie P. von der Lokomotive erfasst und förmlich in Stücke gerissen wurde. Anscheinend ist der Verunglückte mit den Kleidern in die Kurbel der Maschine geraten.

Für die Opfer des Heubuder Brandes übergab uns die Produktivgenossenschaft Danziger Bäckerei- und Konditorarbeiten 50 Gulden zur Weiterleitung an die Geschädigten. Das Kaufhaus Julius Goldstein, Junkergasse, stellte für den gleichen Zweck 225 Gulden zur Verfügung.

Polizeibericht vom 4. November. Festgenommen: 13 Personen, darunter 2 wegen Körperverletzung und Bedrohung, 2 wegen Hausfriedensbruchs, 2 wegen Bettelns, 1 Person obdachlos, 6 Personen in Polizeihaft.

Unser Wetterbericht.

Veröffentlichung des Observatoriums der Fr. Stadt Danzig. Vorherige: Wechselnde Bewölkung. Regenreicher, stürmische bis nordwestliche Winde. Später raiche Abkühlung. Folgende Tage wolfig, aber auflarend; etwas abflauende nördliche bis nordwestliche Winde, kühler. Maximum: 1,6; Minimum: — 0,6.

Danziger Standesamt vom 3. und 4. November 1925.

Todesfälle: Emma Schlawginski, ohne Beruf, 60 J. — Sohn des verstorbenen Friese's Wilhelm Miesewski, 2 J. 4 M. — Sohn des Schneidemeisters Paul Below, 2 M. — Zimmerergeselle Kurt Meier, 18 J. 6 M. — Ehefrau Minna Soelau geb. Brauer, 30 J. 1 M. — Landwirtschaff. Arbeiter Max Wallon, 25 J. 9 M.



Aus dem Osten

Auf See konfiszierter Spiritus.

In den letzten Tagen sind auf offener See, in der Nähe des Rappenhörschen Leuchtturms, bei Vibau, mehrere verdächtige Fischermotorboote beobachtet worden.

Am die goldene Freiheit.

Vor acht Tagen sind drei schwere Jungen aus dem Zuchthaus in Marienburg entwichen. Trotz der schärfsten Sicherungs- und Überwachungsmaßnahmen gelang es dem Kleeblatt, aus den Mauern sich davonzumachen.

Schweres Baunglück.

Bei dem Neubau der abgebrannten Wirtschaftsgebäude des Gutes Bauer bei Greifswald ereignete sich ein bedauerlicher Unglücksfall. Infolge Ueberlastung des Vangerüsts mit Mauersteinen und sonstigen Materialien brach ein Riegel des Gerüsts.

Dürhan. Ein Zusammenstoß zweier Güterzüge ereignete sich in der Nacht von Sonntag zu Montag bei der Station Subhan. Es sollen hierbei 4 Güterwagen zur Entgleisung gekommen sein.

Thorn. Großes Elend herrscht unter den polnischen Optanten in Thorn, die in den dortigen Militärunterständen auf der Rathsvorstadt hinter dem Schlachthaus untergebracht sind.

Nicht gebrannt werden. Um die Räume etwas zu heizen, haben sich die Familien mit eisernen Oefen versehen, auf denen sie gleichmäßig kochen.

Marienburg. Das Ende einer Tragödie. Die furchtbare Eisenbahnkatastrophe im polnischen Korridor vom 1. Mai 1925 ist noch in aller Erinnerung.

Memel. Nach Untersuchung flüchtig geworden ist der Kaffierer bei der Memeler Hafenverwaltung Fritz Volz. Er hat ungefähr 85 000 Lit Kohlen geliebt bei der Emigrationsbank erhoben und damit das Weite gesucht.

Aus aller Welt

Das Unglück auf See „Holland“.

Hilfe für die Hinterbliebenen.

Die Verwaltung der See „Holland“ ist lebhaft bemüht, die drückendsten Sorgen von den Familien der getöteten Bergleute zu nehmen. Als besondere Gabe wird den hinterbliebenen Familien der Betrag von 1500 Mark ausbezahlt.

Sodann ist angeordnet worden, daß die Sterbegelder der Knappschaft am morgigen Tage zur Auszahlung gelangen. Insgesamt erhält jede Familie einen Betrag von durchschnittlich 470 Mark.

Das Befinden der Verletzten, die noch im Krankenhaus liegen, ist das gleiche wie gestern. Mit dem Ableben des verunglückten Steigers wird noch gerechnet.

Ein weiteres Opfer des Grubenunfalls. Von den beim Grubenunglück auf der See Holland verunfallten Bergleuten ist der schwerverletzte Fälsche Dienstaag nachmittag seinen Verletzungen erlegen.

Raubmord an einer Greifin.

In Garb an der Oder wurde vor einigen Tagen die betagte Witwe Seimicke, die einen kleinen Zigarrenhandel betrieb, in ihrer Wohnung ermordet und beraubt.

In der Ober ertrunken.

Der Postkaffner a. D. Wegner sowie zwei junge Leute, der Gärtner Aehl und Albert Duade, alle aus Gollnow, kamen mit einem Boot nach Stettin, um es hier abzuliefern.

Selbstmord eines Berliner Rechtsanwalts. In Werder bei Potsdam verübte der Rechtsanwalt Gröning, dem vor einigen Tagen das Notariat anvertraut worden war, durch Erhängen Selbstmord.

Ein deutscher Dampfer auf Grund geraten. Der deutsche Dampfer Württemberg lief beim Einanga des brasilianischen Hafens Rio Grande do Sul auf Grund.

Umfangreicher Teppichsmuggel in Koblenz.

Für 70 000 Mark unverzollte Teppiche beschlagnahmt.

Die Koblenzer Polizei ist einem umfangreichen Teppichsmuggel auf die Spur gekommen. Auf den Bahnhöfen Wingerbrunn und Koblenz wurden fünf Koffer mit dreißig kostbaren Teppichen beschlagnahmt.

Wieder ein Eisenbahnunglück in Frankreich.

10 Verletzte.

Wegen schlechten Funktionierens einer Weiche ist Montag nachmittags ein Personenzug zwischen Aix und Sallon auf dem Bahnhofs St Cannat entgleist.

Ein Dorf in Nordwales vernichtet.

Infolge eines Staudammbruchs.

Infolge Bruchs des Staudammes am Ciguan-See in Nordwales wurde das Dorf Dolgelly von den zu Tal stürzenden Wassermassen vernichtet.

Die Mut zerbröckelte die Brücke und richtete große Verunstaltungen an. Viele Städte waren in Dunkelheit getaucht, da die Stromlieferung unterbrochen war.

Mit seinen Söhnen in den Tod gegangen.

Eine schreckliche Familientragödie wurde in Augsburg aufgedeckt. Der Verwalter Müller von der Augsburger Hofverwaltung fürchtete ein gerichtliches Verfahren, das gegen ihn eingeleitet worden war.

Deutsche Schiffe in Seenot.

Der November, gewöhnlich der an Schiffsunfällen reichste Monat, hat bereits an seinem ersten Tage mehrere deutsche Seeschiffe, darunter zwei Segler, heimgeleitet.

Frau Ködner gegen ihren Willen getötet? Die Ursachen des Doppelselbstmordes des Kinoschauspielers Max Ködner und seiner Gattin sind noch nicht aufgeklärt.

Selbstmord auf dem Untergrundbahnhof. Auf dem Untergrundbahnhof Klosterstraße in Berlin warf sich Montag morgen um 10 1/2 Uhr aus unbekanntem Grund der 47-jährige Arbeiter Peter aus der Kniprodstraße 60 vor dem aus Richtung Nordring einfahrenden Zug.

Selbstmord eines Großindustriellen. Der Generaldirektor der Kaiser Maschinenfabrik in Köln, Jakob Becker, eine bekannte Persönlichkeit des rheinischen Wirtschaftslebens, hat sich mit einem Autogewehr, das mit Wasser gefüllt war, erschossen.

3P BORG Stambul 3P Einfache Packung dafür ausgezeichnete Qualität.

Der Spieler

Erzählung von F. M. Dostojewski

„Gennu; das ist doch bloß leeres Geschwätz. Du nimmst deiner Gewohnheit gemäß den Mund zu voll. Ich weiß meine Zeit schon selbst auszunützen.“

„Guten Tag, Tautchen.“ sagte Pauline, zu ihr tretend.

„Nun, die fragt doch wenigstens vernünftig, aber ihr andern alle: ach und oh! Niemand du; ich habe alle Augenblicke und alle Augenblicke.“

„Nun, das läßt dich, das läßt dich; wahrscheinlich bist du da gar nicht loszureißen; alles läßt dich! Ich will mir schon ansehen, was das für eine Koulerte ist, noch heute.“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Bei dir überheizen sie sie nicht? Gut gelernt! Das wohl denken Kinder schon das letzte weggenommen, da Vers.“

„Wenn Sie... nach diesen Worten...“ begann der General entrüstet.

„Ja, das ist ja, du weißt es nicht! Du gehst wohl vom Roulette nicht weg? Hast wohl schon alles verzogen?“

„Der General war so beunruhigt, daß die aufreizende Erregung ihn fast zu erstickten drohte.“

„An der Koulerte! Ich? Sei meiner Stellung! Ich? Bestimmen Sie sich doch, Tautchen, Sie sind wahrscheinlich noch krank.“

„Nun, das läßt dich, das läßt dich; wahrscheinlich bist du da gar nicht loszureißen; alles läßt dich! Ich will mir schon ansehen, was das für eine Koulerte ist, noch heute.“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, laßt das Gefühle! Ich kaffe mich mit Kindern nicht gern. Alle Kinder sind rosnäßig. Nun, wie geht es dir hier, Fedosija?“

„Nun, was sagen Sie mir Schönes? Sagen Sie etwas überliebe es ihm, Pauline.“

„Pauline überlegte ihre Worte.“

„Das ist Sie mit großem Vergnügen betrachte und mich freude, daß Sie bei guter Gesundheit sind“, antwortete Mitter Nilen ernst, aber mit größter Bereitwilligkeit.

„Wie gut die Engländer immer zu antworten wissen“, bemerkte sie.

„Ich habe die Engländer eigentlich immer gemocht. Mit den Franzosen sind sie nicht zu vergleichen.“

„Wunder Sie mich“, wandte sie sich wieder zu Mitter Nilen.

„Ich werde mich bemühen, Ihnen nicht allzu lästig zu fallen. Ueberließ es ihm und sagte ihm, daß ich hier unten wohne.“

„Hier unten, hören Sie, unten, unten“, wiederholte sie dem Engländer und zeigte mit dem Finger nach unten.

„Mitter Nilen war über die Einlabung außerordentlich erfreut. Dann müdete die Großtante Pauline vom Kopf bis zu den Füßen, mit einem aufmerksamen und betriebligen Blick.“

„Ich könnte dich lieb haben, Prasslowja“, sagte sie plötzlich.

„Du bist ein prächtiges Mädchen, besser als alle andern. Aber einen Charakter hast du, daß Gott erbarm! Nun, ich bin ja vom selben Schlag. Dreh dich mal um, hast du eine Einlage in deinen Haaren?“

„Nein, Tautchen, es sind meine eigenen.“

„Das ist recht; ich kann die jetzige dumme Mode nicht leiden. Du bist sehr schön. Ich würde mich in dich verlieben, wenn ich ein Kavaller wäre. Warum heiratest du nicht? Uebrigens ist es Zeit für mich. Ich möchte auch an die Luft. Immer nur im Eisenbahnwagen sitzen... Nun, du ärgerst dich noch immer?“ wandte sie sich an den General.

„Aber ich bitte Sie, Tautchen, wie könnte ich?“ versicherte der General ercent.

„Ich begreife, bei Ihrem Alter...“

„Cette vieille est tombée en enfance“, flüsterte mir de Orieux zu.

„Ich will mir hier alles ansehen. Wirft du mir Alexej Iwanowitsch abtreten?“ fuhr die Großtante fort.

„Oh, so oft Sie wollen, aber auch ich selbst... und Pauline, Mr. de Orieux... und allen wird es ein Vergnügen sein, Sie zu begleiten.“

!Fortsetzung folgt!

Kanold's Sahne-Bonbons sind unübertrefflich!

Die Lage in der Dänischen Schifffahrt.

Der Frachtmarkt. — Die Belegung im Danziger Hafen.

Die Frachtraten auf dem ganzen Ostsee-Frachtmarkt zeigen in den letzten 14 Tagen eine aufsteigende Tendenz, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß der Navigationsstich in Finnland und Schweden in diesem Jahre früher erachtet wird, weil ein frühzeitiger Winter bevorsteht. Es wird momentan von Schweden und Finnland sehr viel Tonnage gebrochen, so daß sich das Steigen der Frachtraten auch in anderen Ostseehäfen, besonders in Danzig, bemerkbar macht.

Die Kohlenfrachten sind nach wie vor sehr fest.

Der Kohlenexport aus polnisch Oberschlesien über Danzig

nimmt ständig zu. Um einen glatten Umschlag zu ermöglichen und die Kosten (insbesondere Ueberfrachtegeld und Staudgelder) zu vermeiden, ist von der polnischen Staatsbahndirektion in Danzig ein Kohlendispositionsbüro eingerichtet worden, das zusammen mit der Staatsverwaltung über die Ladeplätze der Schiffe und über die hiermit eng verbundene Veranlagung der Waggons disponiert. Ob sich in der Praxis dieses Kohlendispositionsbüros bewähren wird, steht noch nicht fest. Es ist jedoch bedauerlich, daß auch hier, wie bei vielen anderen Einrichtungen, der Bürokratismus das Szepter obwaltet. Die Frachtrate für kleinere Tonnagen betrug nach Danzmar 7 Schilling und nach nördlichen dänischen Häfen teilweise sogar 8/8 Schilling. Größere Ladungen Kohle nach Kopenhagen erbrachten 6 Schilling. Nach Riga wurden größere Ladungen 2-4000 Tonnen-Schiffe zu 5 Schilling befrachtet, nach Memel und Ribau erbrachten kleine Ladungen 6/8 bis 7 Schilling. Für größere Schiffsendungen nach schwedischen Häfen zwischen Wotenburg und Stodholm wurden 5/9 Schilling bis 6 Schilling bezahlt, für kleinere Sendungen 7/8 Schilling und 7 schwedische Kronen.

Die Holzaustruhr über Danzig.

Ist nicht sehr bedeutend, jedoch glaubt man, besonders im Hinblick auf die erwartete Entspannung zwischen Deutschland und Polen, daß die kommenden Monate eine Besserung im Holzexport Platz greifen wird. Auch die Frachtraten der Holzladungen von Danzig nach England und dem Kontinent hat eine bedeutende Steigerung erfahren. Nach Häfen der englischen Küste werden zurzeit 4/6 bis 4/8 Schilling per Standard bezahlt, für Eichenrundholz 24 bis 25 Schilling per Last. Für Schwellenladungen wurden bei den letzten Frachtabschlüssen 12 bis 13 Schilling angelegt. Diese Frachtsteigerung ist auch zum größten Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß ab 1. November Schiffe in englischen Häfen mit Sommerdecklast einfahren dürfen. Der Unterschied zwischen der Sommer- und Wintertragfähigkeit der Schiffe ist ziemlich bedeutend. So z. B. kann ein Dampfer im Sommer 700 Standard, im Winter nur 600-625 Standard nehmen, es sei denn, daß es sich um moderne Schiffe handelt, welche so konstruiert sind, daß sie auf Oberdeck auch im Sommer nur eine kleine Decklast nehmen können. Bei solchen modernen Holzträgern ist der Unterschied unter Umständen verschwindend gering. Nach Holland wurden größere Frachtabschlüsse in Rundholz getätigt zu 7 und 7 1/2 Hfl. per Kubikmeter.

Die Getreideausfuhr

ist gegenüber früheren Jahren auch nicht umfangreicher. Durch die Zunahme der Getreideausfuhr wird für die einzelnen das Geschäft wenig lohnend. Aus diesem Grunde hört man von den Getreideausfuhrern große Klagen. Die Getreidefrachtraten betragen für Sommergetreide nach Danzmar circa 9 bis 10 Schilling, nach Belgien circa 8/8 bis 9 Schilling, nach Nordfrankreich circa 10 bis 11 Schilling, nach Holland circa 6 Hfl. nach der Küste Englands 11 bis 12 Schilling und nach der Westküste Englands 14/6 bis 15 Schilling.

Die Zuckerausfuhr geht langsam ein. Es wurden kleine Ladungen ausgeführt nach Lettland, Estland und Finnland. Die Frachtraten betragen nach Memel circa 8/8 Schilling, nach Ribau circa 9 Schilling, nach Riga 9/8 Schilling, nach Reval 9/6 Schilling und nach Finnland 10 Schilling per 1000 Kilogramm.

Von den in der Zeit vom 24. bis 30. Oktober ausgelaufenen etwa 100 Schiffen trugen der größte Teil die deutsche Flagge. Dann folgten Schweden und Danzmar und in weiterem Abstände England. Ausfuhrgegenstände waren hauptsächlich Kohle, dann wurden neben Getreide, Holz und Zucker noch Naphthaprodukte und in größeren Mengen wieder Spirit ausgeführt. Wiederum ging der französische Dampfer „Californie“ mit polnischen Auswanderern in See. Die eingelaufenen Schiffe zählten etwa 70, davon waren mehr als die Hälfte leer. Wie bei den ausgelaufenen Schiffen nahm die deutsche Flagge die erste Stelle ein, dann folgten Danzmar, Schweden und England.

Der Ausbau des Danziger Hafens.

Der längst notwendige Ausbau des Hafens soll jetzt Platz greifen. Nicht nur bauliche Veränderungen sollen erfolgen, sondern auch neue fahrbare Kräne sollen im Hafen einzurichten. Einer davon ist schon eingetroffen und hat seine Tätigkeit aufgenommen. Durch diese Modernisierung wird eine schnellere Beladung und Entladung der Schiffe möglich. Infolge des zunehmenden Hafenerverkehrs waren auch diese Anschaffungen notwendig, weil sonst auch der Hafen nicht ausreichen würde. Ferner trägt diese Maßnahme zur Verbesserung der Umschlaggebühren bei, was durchaus notwendig ist. Die im Juni d. J. erfolgte Herabsetzung der Raiegebühren, die nur bis zum September vorgezogen war, soll weiterhin in Kraft bleiben, was auch durchaus notwendig ist. Durch diese Maßnahmen wurden die Hafengebühren um ein Drittel und beim Export von Kohlen sind die Gebühren darüber hinaus ermäßigt worden, um so den Kohlenexport überhaupt möglich zu machen.

Gdingen möchte gern das Hafengeschäft an sich reißen und hat deshalb die Hafengebühren unter den Danziger Häfen gehalten. Nach Fertigstellung der Ausbaurbeiten des Gdingener Hafens werden etwa 1000 Tonnen täglich geladen werden können, was durchaus keine Leistung darstellt, wenn man auch anerkennen muß, daß in den wenigen Jahren der Hafen soweit ausgebaut werden konnte. Ehe der Hafen von Gdingen dem Danziger Hafen wird Konkurrenz machen können, werden nach manche Jahre vergehen und noch manche Mittel verbraucht werden müssen, wobei auch zu berücksichtigen ist, daß man einen großen Hafen nicht aus der Erde stampfen kann.

Langsam legen nun auch die Verbindungen mit Griechenland ein und auch im Danziger Hafen scheint man sich darauf einzurichten. Für den Export griechischer Erzeugnisse nach Polen kommen hauptsächlich nur Zafab in Betracht, da Verfer Zappage jetzt keinen Absatz finden werden und Weine eine scharfe Konkurrenz durch Frankreich erhalten. Bei der Ausfuhr nach Griechenland ist mit Kohle, Naphtha und Textil-erzeugnissen zu rechnen. Einen direkten Dampferverkehr

zwischen Danzig und Kanada wird eine italienische Schiff-fahrtslinie „Cosulich“ in Triest errichten, welche von der polnischen Regierung die Konzession für die Dampferlinie erhalten hat. Sie wird den Fracht- und Passagierverkehr hauptsächlich nach den nordamerikanischen Häfen Halifax und Quebec betreiben. So ist als erfreuliche Tatsache eine weitere Belegung des Danziger Hafens zu verzeichnen.

Die Abänderung des polnischen Zolltarifes.

Die Arbeiten zur Revision des polnischen Zolltarifs sind nach einer Meldung der „P.M.“ jetzt abgeschlossen worden und die betreffende Verfügung bereits vom Finanzminister, Industrie- und Handelsminister sowie den Ministern für Landwirtschaft und Staatsdomänen unterzeichnet, sie ist mit dem Datum des 30. Oktober verlesen und tritt mit dem 1. Januar 1926 in Kraft.

Diese Verfügung hebt den zur Zeit geltenden Zolltarif nicht auf, sondern führt eine Reihe von Abänderungen ein. Demnach bleibt der Zolltarif vom 26. Juni 1924 weiterhin in Kraft, nur mit den hinzugefügten Verordnungen vom 19. Mai 1925 (Dz. Ust. Nr. 92), vom 31. August 1925 (Dz. Ust. Nr. 92) und der letzten Verfügung vom 30. Oktober 1925. Der zweimonatige Termin bis zum Inkrafttreten der neuen Verfügung wird es sämtlichen interessierten Kreisen sowohl des In- als auch des Auslandes gestatten, sich über die Änderungen der Importbedingungen nach Polen zu orientieren. Gleichzeitig ist durch den langen Termin bis zum Inkrafttreten die Notwendigkeit beseitigt, einen Zeitpunkt für Erleichterungen derjenigen Transporte festzulegen, die für die Beförderung nach Polen vor der Verkündung der neuen Verfügung aufgegeben sind.

Die Revision des Zolltarifs ist auf Grund von Anträgen durchgeführt, die von dem sich aus Vertretern der Wirtschaftsorganisationen zusammensetzenden Zollkomitee eingebracht worden sind. Diese Anträge befanden sich bereits auf der Tagesordnung des Zollkomitees des Ministeriums, da den Abänderungen im Zolltarif ihre endgültige Form verlieh, die den Richtlinien der Zollpolitik der Regierung entspricht. Die zur Zeit erfolgte Revision des Zolltarifs ist eine Fortsetzung der in der Verordnung vom 19. Mai 1925 zur Durchführung gebrachten Revision, die vor allem sich auf Luxuswaren erstreckte und deswegen vorwiegend fiskalischen Charakter hatte.

Die derzeitige Revision umfaßt dagegen eine Reihe von Industrie- und Landwirtschaftsartikeln und trägt somit breiten wirtschaftlichen Charakter. Diese letzte Revision beruht auf den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens in mehreren Richtungen:

1. Abänderung der Zollgebühren in denjenigen Positionen, in denen die Zollsätze nicht ausreichend definiert waren bzw. den Inlandsbetriebe bei veränderten Konkurrenzbedingungen keinen Zollschutz gewährten.

2. Verringert sie, und zwar ermäßigt sie die Zollsätze dort, wo keine Inlandsproduktion besteht und auch nicht in den nächstfolgenden Jahren zu erwarten ist.

Es ist zu bemerken, daß der Regierung hinsichtlich derjenigen Punkte, die in der Verfügung vom 30. Oktober d. J. bzw. in den vorhergehenden Verordnungen enthalten sind, das Recht genommen ist, auf dem Verordnungswege die Zollsätze weiter abzuändern, zumal das Gesetz vom 31. Juli 1924 über die Regelung der Zollverhältnisse, auf Grund dessen die Abänderungen derzeit vorgenommen worden sind, die Regierung lediglich zur einmaligen Abänderung der Zollsätze ermächtigt.

Die Erhöhungen.

Ueber die Einzelheiten der Erhöhungen wird noch folgendes mitgeteilt:

Bereits die Zollverordnung vom 19. Mai wies erhebliche Erhöhungen an 200 Unterpositionen auf, die auf 57 Positionen verteilt wurden. Hier handelte es sich um Genussmittel, Luxuswaren, aber auch um notwendige Verbrauchsartikel, Schuhwaren, verschiedene Holzwaren, Porzellanwaren, Uhren, Musikinstrumente, Hüte, zahlreiche Textilwaren, Galanteriewaren u. dergl. Diese Erhöhungen bleiben bestehen. Hinzukommen nun neue Erhöhungen auf 98 Positionen mit rund 800 Unterpositionen. Die Sätze des zugrundeliegenden Zolltarifs von 1924 werden dabei um 25, 50, 60, 100, teilweise um mehrere 100 Prozent erhöht.

Starke Erhöhungen weisen beispielsweise Glaswaren, Baubehälter, Produkte der Steine und Erden, Zementwaren auf. Auffallend und keinem tatsächlichen Schutzbedürfnis entsprechend sind die 30- bis 100prozentigen Erhöhungen der Zölle für zahlreiche Produkte der chemischen Industrie, sowie 50- bis 100prozentige Erhöhungen für zahlreiche Farbenarten. Die neue Zollverordnung wird zahlreiche neue Abkommen auch mit Vertragsstaaten erforderlich machen.

Der Schlachtviehmarkt in Danzig.

Notierungen vom 3. November 1925.

Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Danziger Gulden: Ochsen: Fleischige jüngere und ältere 35-40. Bullen: Ausgemästete höchsten Schlachtwertes 40-44, fleischige jüngere und ältere 33-37, mäßig genährte 24-28. Färsen und Kühe 34-40, mäßig genährte Kühe 16-23, Jungvieh einschließlich Fresser 20-30, Kälber: Feinste Mastfärsen 70-80, gute Mastfärsen 50-60, gute Saugfärsen 30-40. Schafe: Mastlamm und jüngere Mastlamm 28-31, fleischige Schafe und Hammel 20-25, mäßig genährte Schafe und Hammel 12-15. Schweine: Fleischweine über 150 Kilogramm Lebendgewicht 73-77, vollfleischige über 100 Kilogramm Lebendgewicht 65-71, fleischige von 75 bis 100 Kilogramm 60-64, Sauen und Eber 57-60.

Aufftrieb vom 26. Oktober bis 2. November: 85 Ochsen, 76 Bullen, 121 Kühe, 232 Färsen, 96 Kälber, 688 Schafe, 1807 Schweine.

Markterverkauf: Färsen geräumt, Kälber geräumt, Schafe langsam, Schweine geräumt.

Die notierten Preise sind Schlachthofpreise. Sie enthalten sämtliche Unkosten des Handels einschließlich Gewichtsverlust. Die Stallpreise verringern sich entsprechend.

Aufhebung eines Bankroturteils. Die am 25. September beschlossene Konkursklärung der Warschau-Danziger Bank ist rückgängig gemacht worden.

Danziger Sparkassen-Aktien-Verein

Milchkannengasse 33/34

Gegründet 1821

Bestmögliche Verzinsung von Gulden, Dollar, Pfund

1915

Das Ergebnis der polnischen Anleihe-Verhandlungen.

Vor dem Abschluß einer 100-Millionen-Dollar-Kreditlinie.

Bekanntlich hat die Kommission des polnischen Sejm den Sanierungsentwurf der Regierung u. a. auch dahin abgeändert, daß die von der Regierung gewünschte Aufnahme einer Auslandsanleihe in Höhe von 1 bis 1 1/2 Milliarden auf 800 Millionen Klein herabgesetzt wurde und, daß zur Sicherstellung dieser Anleihe nur ein der Staatsmonopole verpfändet, nicht aber verpachtet werden darf. Die sonstigen ausländischen Finanziers, mit denen die polnische Regierung wegen einer Anleihe unterhandelte, insbesondere die Engländer, lehnten es ab, die Anleiheverhandlungen auf dieser Basis weiterzuführen.

Nur das deutsche Bankhaus Loeb, Ruhn & Co. in New-York, an dessen Spitze der bekannte deutsche Finanzier Felix Warburg steht, erklärte sich bereit, Polen eine Anleihe in Höhe von 100 Millionen Dollar auf 25 Jahre gegen Verpfändung des Spiritusmonopols und sonstiger Sicherheiten zu gewähren. Die Verhandlungen, welche bis jetzt durch die Vermittlung des nordamerikanischen Vorkaufers in Warschau, Herrn Stetion, geführt wurden, übernahm jetzt nach polnischer Mitteilung der in Warschau eingetroffene Direktor der Wiener „Kreditanstalt“ als Vertreter des erwähnten Bankhauses Loeb, Ruhn & Co. In polnischen Regierungskreisen wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß diese Verhandlung schon in den nächsten Tagen zu einem Abschluß führen werde.

Wie wir hierzu aus maßgebenden polnischen Bankkreisen erfahren, soll diese Anleihe dem polnischen Staat in drei Raten, und zwar 30-35 Millionen Dollar sofort nach Abschluß des Vertrages, 30-35 Millionen Dollar im Februar und der Rest in der zweiten Hälfte 1926 ausbezahlt werden. Die polnische Regierung wird aber ermächtigt, gleich nach Abschluß des Vertrages Schecks auf das anleihegewährende Bankhaus laut vereinbarter Zahlungsstritten anzusetzen und diese Schecks zu diskontieren.

Obgleich das Spiritusmonopol dem Bankhause Loeb, Ruhn & Co. nicht verpachtet, sondern verpfändet wird, verlangt es doch einen bestimmten Anteil an der Monopolleistung, um die Einnahmen für den Amortisations- und Zinsendienst sichergestellt zu haben. Mangelnder anderer Ausweges wird die polnische Regierung wohl gezwungen sein, diesem Verlangen Rechnung zu tragen.

Von dieser Anleihe wird in erster Linie ein Teil der Bank Polski zur Sicherstellung einer neuen Banknotenemission und ein Teil der staatlichen Wirtschaftsbank zur Gewährung langfristiger Kredite für den Neubau von Wohnhäusern zugeführt werden. Durch eine neue Banknotenemission wird die Bank Polski wieder die Möglichkeit haben, den Privatbanken und der Industrie Kredite in früherer Höhe zu gewähren.

Die Zukunft des polnischen Holzexports.

Im polnischen Finanzministerium fand dieser Tage eine Ministerbesprechung mit den Vertretern der Holzindustrie über die künftige Gestaltung der polnischen Holzaustruhr statt. Der Vertreter des neugebildeten Obersten Rates der Holzverbände entwickelte den Plan für die nächste Ausfuhraktion. Danach können 5 Millionen Hektar angeführt werden, wenn die Regierung den Exportfirmen entsprechende Ausfuhrkredite (Diskont- und Warenkredite) gewährt und die nachstehenden Forderungen berücksichtigt würde: Abänderung des bisherigen Refraktionsystems der Staatsbahn, Revision der Waldkontrakte, Ratenszahlung der Waldankaufsummen, bevorzugtes Verpachten von Anstiebsberechtigungen an inländische Unternehmer, Bevorzugung inländischer Unternehmer auch bei Holzlieferungen an den Staat. Den Wert der unter diesen Bedingungen ermöglichten Ausfuhr schätzen die Fachleute auf 25-40 Mill. Dollar. Die für die bevorstehende Ausfuhrkampagne benötigten Kredite würden nach Ansicht der Exporteure 10 Prozent des Ausfuhrwertes erreichen. Zur endgültigen Erledigung dieser Fragen werden weitere Besprechungen noch in dieser Woche stattfinden.

Polens Außenhandel über Danzig.

Nach Daten des Verkehrsministeriums befürdeten die polnischen Staatsbahnen im August von Danzig nach Polen durchschnittlich täglich 298 Waggons à 15 Tonnen. Im Vorausschlag waren 375 Waggons vorgesehen. Im August 1924 gingen von Danzig nach Polen 213 Waggons. Der Zuwachs beträgt mithin 39,9 Prozent. Die Einfuhr über andere Grenzpunkte umfaßte 541 Waggons gegenüber 531 im August v. J.

Die Ausfuhr Polens über Danzig stellte sich im August auf täglich 49 Waggons Getreide, 180 Waggons Holz und 24 Waggons anderer Waren, gegenüber 21 Waggons Getreide, 116 Waggons Holz und 18 Waggons anderer Waren im August 1924. Die Steigerung der Getreideausfuhr über Danzig betrug also 133,1 Prozent, der Holzaustruhr 1,7 Prozent, bei sonstigen Waren 33,3 Prozent.

Verkehr im Hafen.

Eingänge. Am 2. November: Deutscher Tanker „Ostermoor II“ (121) von Riga leer für Arhus, Uferbahn; deutscher S. „Fortuna II“ (51) von Königsberg leer für Scharenberg, Freiberg; deutscher Seeschiff „Tiger“ mit den Seeleutern „Walter“ (292) u. „Vega“ (1758) von Riga leer für Ganswindt, Kaiserhafen. Am 3. November: Deutscher D. „Frida“ (1583) von Steitin leer für Behne u. Sieg, Welterplatte; schwedischer D. „Nordland“ (2346) von Gottenburg leer für Behne u. Sieg, Welterplatte.

Ausgänge. Am 2. November: Dänischer D. „Niels Ebbesen“ (382) nach Kopenhagen mit Passagieren u. Gütern, holländischer D. „Zuid Holland“ (1141) nach Kopenhagen mit Kohlen, deutscher M.S. „Angeborg“ (84) nach Venle mit Getreide, norwegischer D. „Bisra“ (743) nach Swantea mit Kohlen, englischer D. „Paddington“ (910) nach West Hartlepool mit Holz, deutscher D. „Eberhard“ (898) nach Rotterdam mit Getreide, schwedischer D. „Fris“ (108) nach Gottenburg mit Gütern, dänischer D. „Sfinfaxe“ (1014) nach Horsens mit Holz, dänischer D. „Danelsa“ (516) nach Wafa mit Zucker, dänischer D. „Skaane“ (724) nach Antwerpen mit Getreide. Am 3. November: Deutscher D. „F. G. Reinhold“ (706) nach Memel mit Kohlen.

Verarbeitung lettlandischer Indertreiben in Deutschland. In diesem Jahre werden 53 Waggons lettlandischer Indertreiben zur Verarbeitung nach Deutschland ausgeführt werden. Als höchster Zuckergehalt wurde durch Analyse 19,2 Prozent festgestellt.

Wie die Franzosen in Damaskus haften.

Die englischen Blätter haben in den letzten beiden Tagen außerordentlich interessante Drahtmeldungen aus Damaskus veröffentlicht, die die ganze ungeheure Schwere der dortigen Vorgänge erkennen lassen. Aus allen diesen Berichten geht hervor, daß sich die französischen Militärs in Damaskus ausgesprochen provokatorisch benommen haben. Die britische Presse ist insbesondere geneigt, einen großen Teil der Schuld General Sarail persönlich zuzuschreiben. Der Korrespondent der „Times“ stellt in seinen umfangreichen Berichten z. B. fest, daß die französischen Kämpfe mit den Dnjebel-Drusen, insbesondere die französische Niederlage jene Atmosphäre geschaffen haben, aus der heraus sich die Vorgänge von Damaskus überhaupt erst entwickeln konnten. „Hätten die Drusen jezeit, als die Franzosen gezwungen worden waren, Damaskus zu räumen, die ihnen hierdurch gebotene Gelegenheit ergriffen, so hätten sie damals die Stadt besetzen können und das ganze Land hätte sich ihnen angeschlossen. Sie haben damals ihre Chancen verpasst. Aber was sich seitdem im Dnjebelgebiet ereignete, hat einmal zur Entfaltung der nationalen Bewegung beigetragen, andererseits den Geist der Gesetzmäßigkeit gefördert, der in den zahlreichen Fällen von Mäuserelen zum Ausdruck kam und mit dem Damaskener Vorfällen seinen Höhepunkt erreichte.

Die Briganten waren außerhalb der Stadt ungewöhnlich aktiv und die Tätigkeit der unläufig verstärkten französischen Truppen hatte zum großen Teil in der Durchforschung derjenigen Ortshäuser bestanden, die verdächtig waren, den Briganten Unterschlupf zu gewähren. Um den 10. Oktober herum haben die Franzosen mehrere im Südposten von Damaskus gelegene Ortshäuser in Brand gesteckt.

einige Dutzend Briantenteichen auf Kamelen gebunden,

nach Damaskus gebracht und sie hier, durch die Hauptstraßen führen lassen, worauf sie sie auf dem Marahi-Platz öffentlich zur Schau stellten. Insbesondere diese Parade der im Laufe der schreitenden Kamel schaukelnden Leichname wirkte in höchstem Maße aufreizend und empörend. Diese Schaukelung war als eine Warnung an die unruhigen Elemente gedacht. Der Effekt war jedoch genau entgegengesetzt. Es erregte die ohnedies schon äußerst gereizte Bevölkerung nur noch mehr, ganz besonders, als einige der Leichen als Einwohner von Damaskus agnoscirt wurden. Drei Tage nach dieser Schaukelung wurden von den Wachen die Leichen von 12 Tischerleien (die zu den französischen irregulären Truppen gehören) vor dem „Tor des Eiten“ (Bab el Scharai) aufgefunden. Das zeigt, welcher Art die Stimmung derer war, die sich die Leichenparade einschmückten werden sollten. In der Nacht zum 17. Oktober wurden französische Truppen angegriffen und verschiedene Franzosen verstimmt. Gleichzeitig wurden patronisierende Wachtposten angegriffen. Am nächsten Morgen erziehen im Stadteil Shaghour eine Bande von ca. 60 Briganten unter Anführung eines früheren koptischen Nachtwächters, der naturgemäß der denkbar beste Führer für diese Expedition war.

Der „Times“-Bericht schildert dann, wie sich im Laufe des Tages die Bandenüberfälle mehrten, wie Bazare und Geschäftshäuser im Zentrum von Damaskus geplündert wurden, was schließlich in einigen Bezirken zur Entwaffnung der Polizei und weiteren Plünderungen führte. Dabei schwenkten diese um allerlei dunkle koptische Elemente verstärkten Banden ständig in die Luft und erzeugten damit, wohin sie kamen, die gewünschte Panikstimmung. Dabei kam es n. a. auch auf einen blutigen Mordanschlag auf das armenische Quartier, da die aus Drusen bestehende Bande die Armenier für die Schuldigen an der Plünderung eines ihrer Dörfer hielt, während nachweislich hierfür die den französischen Truppen attacheden Tischerleien verantwortlich waren. In diesem Zeitpunkt war die ganze Stadt vom Wiederhall eines planlosen Schießens erfüllt. Da niemand wußte, was sich eigentlich ereignete, so erreichte die allgemeine Nervosität einen Siedepunkt. Anscheinend waren die französischen Militärs der Meinung, daß diese Schüsse das Signal für einen allgemeinen Aufstand von Seiten der Bevölkerung sei. Denn am Mittag des 18. Oktober begannen sie mit Artillerieaufzügen. Diese sahen

unterbrochen nach allen Seiten feuernd, durch Straßen und Bazare.

Der Mob, der hinter den Laufs-Barrikaden zu errichten begann, beschloß diese nunmehr, sobald sie den Rückweg nahmen, von oben herab, wobei zahlreiche französische Soldaten verwundet wurden. Um 6 Uhr abends legte das französische Artilleriefeuer auf die Alte Stadt ein. Die Franzosen feuerten zunächst nur mit großen Zwischenpausen und verwendeten hierbei, soweit bekannt, zunächst nur blinde Geschosse — was allerdings die Verwirrung unter der eingeborenen und der zahlreichen europäischen Bevölkerung der Stadtteile, die unter dem Feuer lagen, nicht verminderte. Die Beschichtung dauerte die ganze Nacht hindurch an. Am nächsten Morgen wurden plötzlich und ohne jede vorhergehende Ankündigung sämtliche Truppen von der Alten Stadt in die koptischen Stadtteile zurückgezogen und nach dem französischen Stadtbezirk Salihah konzentriert, aus dem alle dort anwesenden französischen Familien vorher herausgezogen worden waren. Ab 10 Uhr morgens setzte hierauf von der außerhalb der Stadt postierten Artillerie eine stündliche Beschichtung der Stadt ein, wobei regelrechte Artilleriemunition verwendet wurde. Dieses Artilleriefeuer wurde von Aeroplanen unterstützt, die über der Stadt kreisten, Bomben abwarfen und mit Maschinengewehren schossen. Erst am Mittag des 20. hörte das Feuer auf.

Die zweitägige Beschichtung, zusammen mit der Tätigkeit der Plünderer, hat naturgemäß tiefe Spuren zurückgelassen. Die ganze Gegend zwischen dem Hamidie Bazar und der „Geraden Straße“ ist ein Trümmerhaufen. Der Bazar selbst ist schwer beschädigt, aber viel schlimmer ist der Zustand der „Geraden Straße“. Das Belblieb-Dach wurde in der Mitte auf ca. 90 Meter weggerissen und hängt zum Teil wie ein geplasterter Ballon in die Straße herunter. In beiden Bazaren ist ein Laden neben dem andern zerstört, entweder durch die Laufmaschinengewehre oder durch Artillerie oder durch Feuer. Wenn man so durch diese Bazare geht, die noch vor wenigen Tagen ein Bild der Blüte und des Wohlstandes geboten haben, so wirkt der Anblick der Zerstörung, die dort herrscht, doppelt niederstimmend, ein Eindruck, der noch verstärkt wird, wenn man die kleinen Seitenstraßen besetzt, die zu den Bazaren hinühren. Genauso schlimm ist der Saghur-Bezirk zugerichtet, und am Saf el Gharratin (Zweihler-Markt) scheinen sich Haus auf Haus, und Laden neben Laden in einem Zustande der Zerstörung zu befinden. Die Häuser weisen unverkennbar auf die Artilleriebeschichtung hin und der Rauch, der zwischen den Dachsparren und den Feuerwehrlenzen, die an den Dächern arbeiten, hervorquillt, zeugt unmissverständlich von dem Charakter des jüngsten Ereignisses. Gleichmäßig entlang die Große Straße diesem Schicksal, obgleich die sich nahe der unteren Feuer befindlichen Zone befand, leider aber nicht die wunderwolle, mit grünen und kleiner Ziegeln gedachte Sonnenschirm-Weise, in deren Kuppel sich ein ungeheures Loch befindet, und deren Metallanker teilweise zerstört wurden. ... Dem Charakter dieser Zerstörung hat man einen wunderbaren Blick auf die gesamte Stadt.

Ein Überhaupt nicht wieder gut zu machender Verlust ist die Zerstörung des Am-Palastes. ... Er war

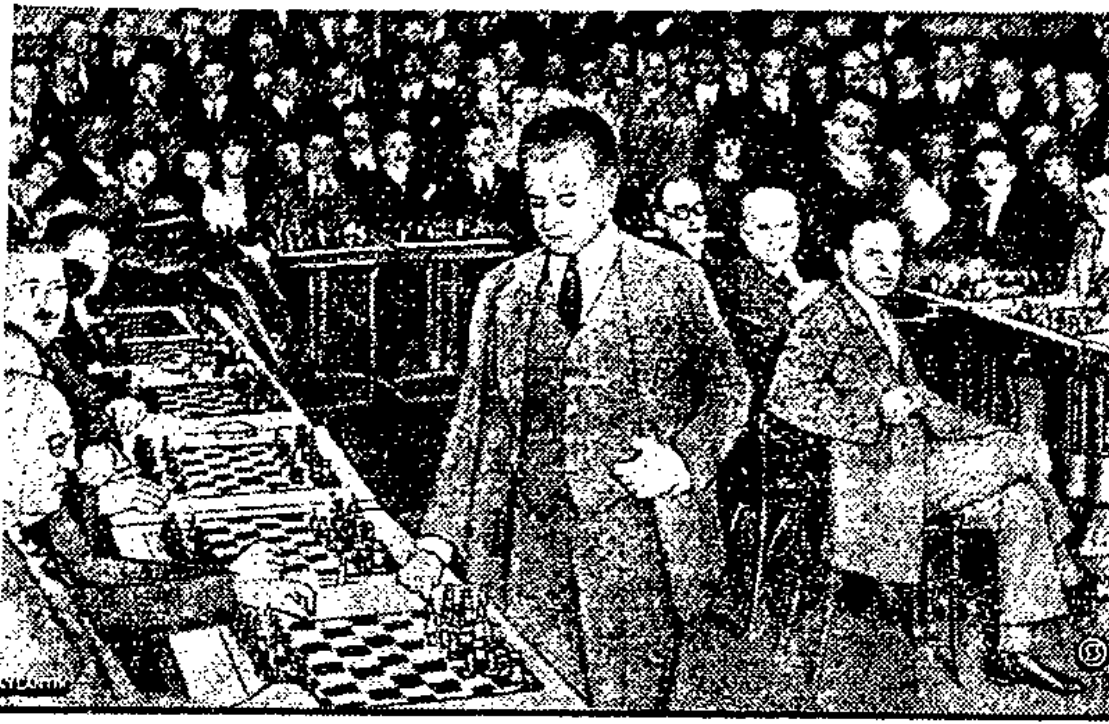
eines der wunderbarsten und merkwürdigsten Gebäude

der Stadt und beherbergte das „Mujelmännische Kunst- und archäologische Museum“. ... Es umfaßte viele seltene Kunstobjekte, insbesondere alle archäologischen syrischen Ausgrabungen der letzten Zeit. ... Praktisch ist nichts von alledem übriggeblieben. Die Briganten plünderten oder zerstörten mutwillig die Kunstgegenstände, während das Artilleriefeuer kaum die Wände stehen ließ.

Ueber das Leben der Europäer während der zweitägigen Beschichtung berichtet der Korrespondent: „Die verschiedenen Konsulate hatten die größte Mühe, sich mit ihren Landesleuten in Verbindung zu setzen; es ist aber dank der Geduld und dem Wagemut der Konsularbeamten gelungen, alle in Sicherheit zu bringen. Nur zwei Nichteingeborene sind getötet worden. Daß die europäische Kolonie aber überhaupt so verhältnismäßig gut herauskam, daß sie nicht den Plünderern zum Opfer gefallen ist, das ist nicht organisatorischen Maßnahmen der Franzosen, sondern der Hilfsbereitschaft der Mohammedaner zu danken. Sie haben sich wahrhaftig glänzend benommen, sie organisierten nach dem Abzug der Trup-

pen die Ordnung im christlichen Quartier und verteidigten dieses gegen Versuche des plündernden Mobs, hier einzudringen.“

Auffallend scharf ist, was der von Haus aus gewiß nicht franzosenfeindliche „Times“-Korrespondent über das Verhalten der Franzosen zu sagen hat: „Aber, während sich alle Europäer außerstande sahen, den Mohammedanern ihre Dankbarkeit für ihr Verhalten auszudrücken, befehlte andererseits sowohl in Beirut, wie in Damaskus, erhebliche Erbitterung darüber, daß eine offene Stadt wie Damaskus mit ausgesprochen und offiziell anerkannten europäischen Bezirken beschossen, und daß alle Truppen von den europäischen Bezirken abgezogen werden konnten. Man ist darüber umso mehr erbittert, als von den Franzosen stets die Vertiefung abgegeben worden war, daß Europäer unter allen Umständen geschützt werden würden. Im kritischen Augenblick wurden sie in Wirklichkeit dem Mob aus Gnade und Ungnade ausgeliefert, während die französischen Familien von den Truppen hinter ihre Linien zurückgezogen worden waren. Es wird leider erhebliche Zeit dauern, bis die Bitterkeit hierüber wieder verschwinden wird.“



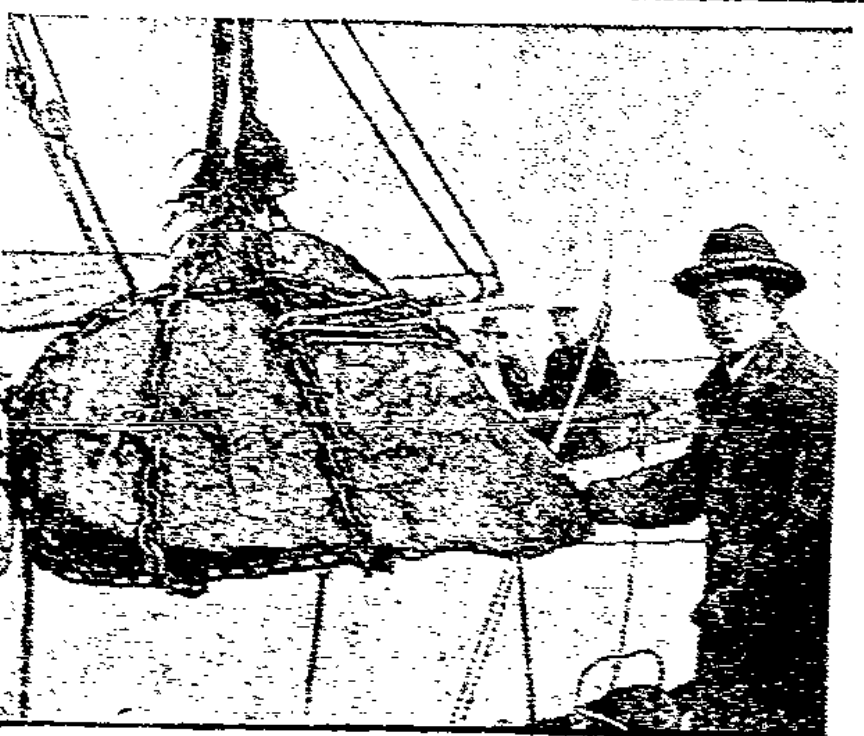
Der Schachmeister Capablanca in Warschau.

Der Weltmeister Capablanca, der dieser Tage auf dem Wege nach Moskau in Warschau weilte, hat im dortigen Schachklub eine ganze Reihe von Partien gegen zahlreiche Gegner gewonnen, zu denen die besten Schachmeister Polens gehörten. Das Ergebnis war: 15 Partien von Capablanca gewonnen, 12 remis, 3 verloren.

Bei der in Berlin abfolvierten Simultanvorstellung spielte Capablanca in einer Dauer von 4½ Stunden gegen 30 gleichzeitige Gegner, er gewann 19 Partien, machte 10 Partien remis und verlor nur eine. Unsere Aufnahme zeigt Capablanca während des Spiels.

Die Lebensgeschichte des Kriegskrüppels.

Es war die traurige Geschichte eines kranken Menschen und Krüppels, der glaubt, überall mißachtet zu werden, und der in jedem Menschen seinen Feind sieht, die sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte abrollte. Der Arbeiter Richard Doppel stand hinter den Schranken der Anklagebank. In seinem eingefallenen Gesicht haben schwere Krankheiten ihre Spuren zurückgelassen. Mit der linken Hand stützte er sich schwer auf einen Stiel und blickte mit unruhig flackernden Augen umher. Er ist ein uneheliches Kind, lernte nie ein Elternhaus kennen, fremde Leute zogen den Jungen auf und gaben ihm mit knapp 14 Jahren zu einem Bauern in Dienst. Während des Krieges kämpfte er in Frankreich, eine Granate zerbrach ihm den Fuß, der nicht mehr gerettet werden konnte und nach und nach völlig abgenommen werden mußte. Siech und krank lebte Doppel von einer geringen Rente. Um die immer wiederkehrenden Schmerzen zu betäuben, wurde er Morphium. Gerichtliche Strafen wegen kleiner Vergehen folgten und mehrmals nahm ihn das Gefängnis an. Aber der Beurteilte, der nie Liebe kennengelernt hat, will nicht einsehen, daß er unrecht getan hat. „Man will mich nur quälen!“ rief er heraus. Auch diesmal handelte es sich wieder um einen Diebstahl. Heimlich schlich er sich in eine Wohnung ein, nahm Wäsche, ein paar Mark bares Geld und verschiedene fast wertlose Sachen mit. Am nächsten Tage verkaufte er seine Beute und wollte den Erlös in Bier, Schnaps und Morphium umsetzen, damit er für Stunden ein jammervolles Dasein vergessen konnte. Der Sachverständige schaltete die Zurechnungsfähigkeit nicht aus. Er betonte, daß Doppel in eine Anstalt kommen sollte, sich aber geweigert hätte, da er fürchtete, dort nur ausgenutzt zu werden. Das Gericht ließ äußerste Milde walten; es verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis und wird eine Strafaussetzung in Erwägung ziehen.



Ein neuer Meteorstein von sieben Tonnen Gewicht und über einen Meter Durchmesser.

Ein neuer Meteorstein von annähernd sieben Tonnen Gewicht und einem Meter im Durchmesser wurde von dem dänischen Forscher Knud Rasmussen im äußersten Norden von Grönland aufgefunden und dem mineralogischen Museum in Kopenhagen übergeben. Der Transport des Meteorsteines von seinem Fundorte nach Kopenhagen fand unter den größten Schwierigkeiten und erheblichen Kosten statt. Unsere Aufnahme zeigt den neuangefundenen Meteorstein bei seiner Einladung im Hafen von Kopenhagen.

Das ist nicht nur bei uns möglich. Dem schwedischen Schriftsteller Baranand ist in Paris ein unangenehmes Abenteuer passiert. Er wurde zu seiner Hebertragung am 20. Oktober mittags verhaftet, zur Polizeipräfektur gebracht und dort in einem Gefäß, in welchem Beien, Schenereimer und ähnliche Dinge aufbewahrt werden, eingeschlossen. Es war ihm nicht möglich, irgendeine Erklärung für seine Verhaftung zu erlangen. Am 20. Oktober, nachmittags 3 Uhr, wurde er freigelassen ohne jede Erklärung und ohne Entschädigung. Das Pariser Abendblatt „Paris Soir“ berichtet, der schwedische Schriftsteller habe während seiner zwanzigtägigen Haft keinerlei Nahrung und nicht einmal einen Tropfen Wasser erhalten. Seine Verhaftung ist anscheinend infolge einer Namensverwechslung erfolgt. Das Blatt protestiert energisch gegen das Verhalten der Pariser Polizei.

Marconis neueste Erfindung.

Ueber Marconis neueste Erfindung, die die drahtlose Telegraphie als Mittel zur Orientierung für die Schifffahrt verwendet, bringt die englische Zeitschrift „Nature“ eingehende Einzelheiten. Danach beruht die Erfindung, die als „Suchender Strahl“ bezeichnet wird, auf der Radiogoniometrie und zeichnet sich durch die Einfachheit und Leichtigkeit ihrer Anwendung aus, die keine speziellen Kenntnisse erfordert. Eine irgendwo am Land aufgestellte Station übt die Wirkung eines Leuchtturms, indem sie Radiowellen von kurzer Wellenlänge, die höchstens sechs Meter beträgt, ausstrahlt. Diese breiten sich nach allen Richtungen aus und suchen sozusagen den Horizont ab wie die Lichtstrahlen eines Leuchtturms. In einem Kreisabschnitt von etwa 15 Grad entsendet der Leuchtturm nach verschiedenen vorher bestimmten Richtungen Morse-Signale, die für jede Richtung verschieden sind.

Das Schiff, das einen von Marconi für diesen Zweck konstruierten Sonderempfänger an Bord hat, nimmt eine bestimmte Zahl von Morse-Signalen, vielleicht vier oder fünf, auf, von denen die Mitte genommen wird, die ziemlich genau die Richtung angibt, die es zum Leuchtturm hat. Die in kurzen Zwischenräumen wiederholte Probe gestattet es, die Lage des Schiffes ganz exakt festzustellen. Das System, das bei allen Witterungsverhältnissen tadellos funktioniert, ist bestimmt, der Schifffahrt große Dienste zu leisten.

Henker gesucht.

Das Schreckensamt an elektrischen Stuhl.

Der „geheimnisvolle Mann“ John Hulbert in Amerika, der zu Sing Sing bisher 140 Delinquenten in ein besseres Jenseits „geführt“ hat, kündigte plötzlich sein Amt auf. Ein Nachfolger für den unentbehrlichen Posten wird nicht leicht zu finden sein, da der Nachrichten am elektrischen Stuhl über erhebliche elektrotechnische Kenntnisse verfügen muß und Leute, deren technisches Können ausreicht, sich nur schwer für das Amt eines Henkers zur Verfügung stellen. Warum John Hulbert seines Amtes müde wurde? Elektrische Hinrichtung, sagt er, wird langweilig und eintönig und entbehrt jeder Romantik. Die zynische Neugier dürfte allerdings eher einem begabten Reporter zuschreiben sein, als dem verschlossenen und schweigmägen John Hulbert, der bei einer seiner Hinrichtungen selbst ohnmächtig zusammengebrochen ist und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte und dem man gewiß keine Sehnsucht nach der „Romantik“ von Rad und Galgen zutrauen kann. John Hulbert ist der zweite Nachrichten am elektrischen Stuhl. Elf Jahre lang hat er das Amt versehen. Als der Staat New York im Jahre 1891 den Beschluß faßte, zum Tode Verurteilte nicht mehr zu hängen, sondern elektrisch zu beseitigen, wurde zunächst Edward Davis zum Nachrichten ernannt, der bis 1914 amtierte. Für jede Hinrichtung bekam er 250 Dollar. An diesem Betrag wollte man sparen und Davis legte sein Amt nieder, weil er über die Honorierung der Hinrichtungen zu keiner Einigung kommen konnte. Sein Nachfolger Hulbert nahm den Posten für 50 Dollar pro Hinrichtung an, verlangte aber bald eine Erhöhung des Honorars auf 150 Dollar, die man ihm bewilligen mußte, weil man keinen Ersatzmann finden konnte, der sich mit 50 Dollar begnügt hätte. Neben diesem Henkeramt übt Hulbert die Tätigkeit eines Obermaschinisten in Auburn aus. Der elektrische Stuhl zu Sing Sing ist in den letzten Jahren weit häufiger benutzt worden, als vorher, da die Zahl der schweren Verbrechen im Staate New York in beängstigender Weise zugenommen hat. Zurzeit warten im Justizhaus Sing Sing wieder eine Anzahl Verurteilter auf den Tag der Hinrichtung, darunter eine Siebzehnjährige, die wegen Ermordung ihres Bräutigams den elektrischen Stuhl besteigen soll.

Wie in Konstantinopel „verkehrsregeln“ wird. Emin Bey, der energische Polizeipräsident von Konstantinopel, läßt es sich angelegen sein, dem Unfug der die Straßen durchzuziehenden Automobile ein Ende zu bereiten. Zu diesem Zweck hat er die im Verkehrsdienst stehenden Polizisten jetzt mit naagelbeschlagenen Brettern ausgerüstet und ihnen den Befehl erteilt, wenn sie ein schnellfahrendes Automobil auf der Straße bemerken, das mit spitzen Rädern gepickte Bretter auf kurze Entfernung in die Fahrbahn des Wagens zu werfen. Gelinaf es dem Fahrer nicht, den Wagen vor dem Hindernis zum Stehen zu bringen, so ist damit der Beweis erbracht, daß sein Tempo so schnell war, daß es ihm nicht gestattet hat, die Bremse mit genügender Sicherheit zu betätigen. Die Strafe erfolgt automatisch; die spitzen Räder zerreißen die Bereifung, es gibt eine herrliche Panne, Rettungsverstärker und Unkosten. Das türkische Rezept ist vielleicht gar nicht so dumme.

Danziger Nachrichten

Das neue Sporthaus auf der Messe.

Gestern abend fand eine Besichtigung des Übungsbetriebes in dem neuen Sporthaus auf dem Messegelände statt. Der Einladung hatten eine Anzahl Mitglieder der Schulverwaltung, sowie führende Persönlichkeiten der Danziger Sport- und Turnbewegung und die Presse Folge geleistet. Nach einer kurzen Begrüßung durch Herrn Sander, in der er die Notwendigkeit und zugleich die Einzigartigkeit einer solchen Einrichtung darlegte, sprach Herr von Donop, der Sportlehrer der Hochschule, über die Ziele der Sportgymnastik, in der er die grundlegende Vorbereitung für alle Lebensstellungen sieht.

Der anschließende Rundgang führte zuerst in die Räume der Gymnastikschule Mutterfeld-Turnum, wo die Zuschauer einen kleinen Einblick in den gymnastischen Betrieb dieser Schule hatten. Dann wurde die Boxhalle des Herrn Gründe besucht, der Übungen am Sandsack und anderen Vorgeräten zeigte. Der große Saal im Parterre ist eine Turnhalle geworden. Hier leitet Fräulein Sempel die von der Geschäftsstelle für Leibesübungen eingerichteten und sehr gut besetzten Kurse für vorbereitende Gymnastik.

Im großen Saal des ersten Stocks hat sich die neugegründete „Leichtathleten-Vereinigung“ unter der Leitung des Herrn Naditzki niedergelassen, deren Jugendgruppe gerade arbeitet. Im Mittelraum arbeitet Fräulein Schopp mit ihren Bode-Schülerinnen. Frau von Wittenbrand gibt dort ihre Kurse in Heller- und Gymnastik, und auch die Turnhalle hat dort ihre Stelle aufgeschlagen. Die Übungszeiten sind nach Tagen geordnet. Im kleinen Saal des ersten Stocks sind verschiedene Vereine tätig, so läuft dort gegenwärtig der Volkstanzkursus des „Jugendwerks“.

Im zweiten Stock wurden jedoch die Räume und der Betrieb der Schule Hannah Mühl in Augenchein genommen, die als erste das Gymnastikhaus bezogen hatte. Hier erregte besonders die Tischanlage Aufmerksamkeit, weil sie und andere Einrichtungen der Schule den Beweis lieferten, was aus Räumen doch noch gemacht werden kann, die nicht für Zwecke der Leibesübungen vorgesehen sind. Im großen Saal des zweiten Stocks laufen Kurse verschiedener Art, so jetzt ein Sanitätserkursus, ferner haben im zweiten Stock die „Eperantogefellschaft“ und die „Danziger Freunde“ ihre Räume.

Alles in allem konnte man erkennen, wie es möglich ist, Baulichkeiten, die jahrelang leer standen, weil man sie für ungeeignet hielt, auf die mannigfaltigste Art und Weise auszunutzen. Und man muß dem Leiter der Geschäftsstelle für Leibesübungen, Herrn Sander, Dank wissen, daß er die Gelegenheit in großartiger Weise wahrgenommen hat und dem Saale eine durchaus beachtenswerte Einrichtung gab. Bald- und Umlieferäume, Aborte sind neu eingerichtet worden. Geräte wurden in großer Anzahl beschafft, für die rhythmischen Übungen sind Instrumente teils gekauft, teils gemietet worden, sodaß wir in Danzig eine Übungsgelegenheit besitzen, die als musterhaft angeprochen werden kann.

Der Zoppoter Krankenkassen-Streit.

Die Stellung des Senats — Gesehliche Maßnahmen in Vorbereitung.

Auf Grund einer kleinen Anfrage im Volkstaa erklärt der Senat zum Konflikt zwischen der Zoppoter Krankenkasse und der Ärztschaft:

Die ärztliche Versorgung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Zoppot ist durch das Auscheiden der drei Ärzte, das am Sonnabend, 7. Uhr abends, erfolgte, nicht eingestell, sondern für die Nacht des Sonnabends zu Sonntag von einer Zoppoter Ärztin durchgeföhrt worden, die in einem Falle in Anspruch genommen wurde. Allen Versicherten, die nach dem Auscheiden der vorbestimmten drei Ärzte ärztliche Hilfe bei der Krankenkasse nachsuchten, ist diese auch gewährt worden. Es ist aus diesen Tagen bisher kein einziger Fall der Krankenkasse oder den Aufsichtsbehörden bekannt geworden, in dem über nicht rechtzeitig gewährte oder nicht ausreichende ärztliche Behandlung Beschwerde geführt worden ist.

Allerdings sollen in wenigen Fällen auch die in Zoppot anstehenden sonstigen Ärzte in Anspruch genommen worden sein. Auch die Behandlung dieser Versicherten wäre von der Krankenkasse Zoppot im Falle ihrer Inanspruchnahme durchgeföhrt worden.

Es sind von den zuständigen Behörden unumgänglich die notwendigen Schritte unternommen worden, um festzustellen, ob die ärztliche Versorgung nach Auscheiden der drei Vertrauensärzte gefährdet erscheint, und ob demgemäß Anordnungen zu treffen sind.

Das Versicherungsamt Zoppot hat sofort dem Oberversicherungsamt Bericht erstattet. Das Oberversicherungsamt hat daraufhin mit Schreiben vom 17. d. Mts. der Allgemeinen Ortskrankenkasse Zoppot empfohlen, eine Verständigung mit der Berufsvereinigung der Zoppoter Ärzte anzunehmen, und hat, falls nicht baldigt Besserung in der sachlichen Versorgung getroffen werden wird, Zwangsmaßnahmen angedroht. Das Verfahren selbst ist noch nicht zum Abschluß gekommen. Wie die Allgemeine Ortskrankenkasse Zoppot mitgeteilt hat, sind ihre Bemühungen um Sicherstellung der sachlichen Versorgung soweit gediehen, daß in kürzester Zeit ein Sacharat für Hals-, Ohren- und Nasenkrankheiten eintreffen wird. Die ebenfalls sofort eingeleiteten Bemühungen des Landesversicherungsamts, eine Verständigung zwischen der Krankenkasse Zoppot und den Zoppoter freien Ärzten zu erreichen, sind von dem Vorstand der Krankenkasse unter Hinweis auf die gesetzlichen Vorschriften, die nach Ansicht der Kasse von ihr erfüllt seien, zurückgewiesen und die Entscheidung dem Oberversicherungsamt anheimgestellt worden. Der Vorsitzende des Oberversicherungsamtes Danzig ist ersucht worden, diese Entscheidung baldigt herbeizuföhren.

Auch eine vorübergehende Gefährdung der ärztlichen Versorgung durch Niederlegung der ärztlichen Tätigkeit ohne Einhaltung der vertraglich übernommenen Verpflichtungen muß möglichst vermieden werden. Sie ist sowohl bei dem System der Kassensätze, als auch bei dem System der freien Arztwahl denkbar, da auch dieses nur auf Vertrag und nicht auf Gesetz beruht. Ein derartiger Fall ist im Sommer 1923 auch bereits vorgekommen. Die zurzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung bieten auf dem Wege über die Entscheidung der Reichsversicherungsordnung die Möglichkeit, Zwangsmaßnahmen annehmen hinsichtlich der ärztlichen Versorgung der Versicherten zu treffen. Es liegen Referenzen anwesend vor, nach denen Schwierigkeiten hinsichtlich der ärztlichen Versorgung nicht mehr wie bisher ausschließlich der Vertragsfreiheit der Kassen und der Ärzte überlassen bleiben, sondern einem Schiedsgericht unterstellt werden sollen, dessen Entscheidung für beide Teile bindende Gesetzeskraft haben soll. Die Verhandlungen über diese Gesetzeswürfe sind nahezu abgeschlossen. Der Senat wird in kürzester Zeit dazu Stellung nehmen. Bemerkenswert ist, daß das Versicherungsamt der Stadt Zoppot im Auftragswege eine Anordnung getroffen hat, nach der der Abschluß von Langfrist-

gen Verträgen durch die Allgemeine Ortskrankenkasse Zoppot mit den anstellten und gegebenenfalls noch anzustellenden Ärzten einzuwickeln zu unterbleiben hat, bis die in Kürze neu zu wählenden Kassensorgane Entscheidung über die Frage des für die Zukunft maßgeblichen Verhältnisses getroffen haben.

Bemerkenswert ist noch, daß im Vorstand der Zoppoter Krankenkasse die christlichen Gewerkschaften die führende Rolle spielen.

Mitglieder der Allg. Ortskrankenkasse! Euren Rechten droht Gefahr!

Christen und Arbeitgeber gehen Hand in Hand, um die Allgem. Ortskrankenkasse dem Rückschritt anzuliefern. Die christlichen Gewerkschaften gehen hin und bitten die Arbeitgeber, die christlichen Flugblätter in den Betrieben auszuhängen und die Arbeiter von der Notwendigkeit der Wahl der Liste V 2 zu überzeugen!

Mitglieder der Krankenkasse! Kommt ihr einer Gruppe der Versicherten am Sonntag, den 8. November, eure Stimmen abgeben, welche schon vor der Wahl mit den Arbeitgebern Hand in Hand arbeiten? Wie soll es dann erst nach der Wahl ausfallen?

Rückschritt auf der ganzen Linie würde die Folge sein. Deshalb wählt am Sonntag jedes Mitglied, das den Fortschritt will, nur die Liste der freien Gewerkschaften und des IFA-Bundes.

die Liste V 1.

Abbruch dreier Wohnhäuser in St. Albrecht.

Das vor dem neuerbauten Lehrerwohnhaus hart an der Straße liegende alte Gebäude, das vom städtischen Hochbauamt an den Meißelbietenden Maurer Behnke-St. Albrecht für 520 Gulden öffentlich verkauft worden ist, wird gegenwärtig abgebrochen. Ein Garten soll an dieser Stelle entstehen. Dieses ist auf Anordnung des Verkehrsamtes geschehen. Dagegen soll auch das dem Rentier Hermann Holstein gehörige Nachbarhaus, welches durch Brand im August d. J. sehr gelitten hat, abgebrochen und der in Frage kommende Neubau zwecks Freilegung und Erweiterung der Straßensfront einige Meter eingerückt werden. Ebenfalls wird auch das dem Friseur Arthur Schreiber gehörige Hauschen zum Abbruch gelangen. — Der Abbruch dieser Wohnhäuser, Nr. 19 bis 21, hat sich als höchst notwendig wegen der an der St. Albalbertskirche befindlichen schmalen Kurve erwiesen, in der schon immer Verkehrsschwierigkeiten geherrscht haben und in letzter Zeit einige Autounfälle vorgekommen sind. — Wie verlautet, will der Senat den Betreffenden eine Entschädigungssumme respektive einen Bauzuschuß dem Werte ihrer jetzigen Grundstücke entsprechend gewähren und nach erfolgter Einigung soll noch in diesem Jahre mit dem Abbruch der beiden Häuser begonnen werden.

Ein radiater Hausbesitzer.

Viele Hausbesitzer haben mit ihren Mietern keinen leichten Stand, aber viele Mieter haben auch mit ihren Hausbesitzern zu kämpfen. Das zeigte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht. Der Eigentümer August Richter in Dbra war wegen Beleidigung und Mißhandlung angeklagt. In dem Hause war eine Klosettanlage für mehrere Mieter. Die Einrichtung ist nun nicht gerade neu und einige Mieter benutzten in ihrer Wohnung Eimer, die sie dann ins Klosett entleerten. Dem Angeklagten gefiel dieses nicht und er erließ ein diesbezügliches Verbot. Aber die Mieter kümmerten sich nicht darum. So kam es denn bei einem Eimertransport zu einem Zusammenstoß, wobei sich der Sohn des Angeklagten entsetzte. Er beschimpfte die eimertragende Frau und schlug mit einem Schrubber auf sie ein. Richter ist nicht gerade einer der Sanftmütigen und ist mehrfach vorbestraft. Das Gericht verurteilte ihn wegen Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis und wegen Beleidigung zu 30 Gulden Geldstrafe.

Der erste Elternabend des Sozialistischen Kinderbundes.

Der jüngste Sproß der neueren Arbeiterbewegung, der Sozialistische Kinderbund, wird in den nächsten Tagen zum ersten Male mit einer Veranstaltung an die Öffentlichkeit treten. Hohe Ziele hat sich der Bund gestellt und schwer ist die Arbeit derer, die sich in seinen Dienst gestellt haben. In dem heranwachsenden Nachwuchs der Arbeiterklasse soll unter Überwindung der veralteten Erziehungsmethoden der Wille zum Gemeinschaftsleben geweckt und gefördert werden, die der Stumpfheit und Unwissenheit überlassenen Kinder zu freiem Denken und geistiger Selbstständigkeit erziehen werden, um für den Lebenskampf gerüstet zu sein. Sie sollen ihren berechtigten Anteil an allen Kulturgütern, an Freude und Schönheit haben. Es ist natürlich, daß zu einer geistlichen Arbeit die wirksame Hilfe der Eltern notwendig ist. Um das Verständnis der Eltern für diese Vereinigung zu fördern, um ihnen über die bisher geleistete Arbeit ein Bild zu zeigen und sie für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, veranstaltet der Bund am Freitag, den 6. November, abends 6 1/2 Uhr, in der Aula am Winterplatz einen Elternabend. Das Programm ist in der „Volkstimme“ bekanntgegeben. Der Eintritt ist frei. Nicht nur die Eltern der schon teilnehmenden Kinder sollen diesen Abend besuchen, sondern an alle Eltern ergeht der Ruf zur Teilnahme.

Wasserstandsnotizen vom 4. November 1925.

| | | | |
|----------------|-------------|------------------|-------------|
| Strom-Weichsel | 3.11. 2.11. | Graudenz | +1.36 +1.41 |
| Atrakau | -2.39 -2.29 | Kurzbrack | +1.84 +1.89 |
| | 3.11. 2.11. | Montauerpitze | + . -1.14 |
| Zawichost | +1.6 +1.31 | Piekel | +1.50 +1.21 |
| | 3.11. 2.11. | Ditschau | +1.03 +1.16 |
| Warschau | +1.35 +1.43 | Einlage | +2.00 +2.00 |
| | 4.11. 3.11. | Schwenhorst | +2.23 +2.20 |
| Plock | +1.6 -1.13 | Neu-Wasserf. | |
| | 4.11. 3.11. | Schönau O. D. | + . +6.54 |
| Zborn | +1.11 +1.19 | Galgenberg O. P. | + . +4.5 |
| Jordon | +1.19 +1.27 | Neuhofsternh. | + . +2.00 |
| Elm | + . +1.2 | Anwachs | + . + . |

Die schlanen Chinesen. Man räumt der deutschen Post Feindschaft nach, aber die Postämter mancher Postämter beweisen eher das Gegenteil. In da am 17. Juni 1925 in der deutschen Stadt Schleswig ein Brief mit folgender Adresse aufgegeben worden: Fräulein E. Schuber, Ditta B. Danzig, Verahstraße. Auf diesem Brief ist mit roter Tinte, anscheinend von einem Postbeamten, das Wort China geschrieben worden, worauf der Brief keine Reise nach China antrat! Am 10. Juli 1925 ist er in Schanghai angekommen und aufbewahrt worden! Die chinesischen Postbeamten sind anscheinend in der Geographie etwas besser beschlagen als ihre Kollegen in Schleswig. Sie vermerkten in englischer Sprache, daß Ditta doch wohl in Deutschlands Nähe zu suchen sei und zeichneten obendrein einen dicken Pfeil, der nach der deutschen Stadt zeigt, auf den Briefumschlag. Abermals trat der Brief seine Reise über das Meer an und kam am 15. August in die Hände der Adressatin. Feindschaft der Post! Um, um! Wer daran zweifelt, sehe sich den Briefumschlag in der Verkehrszentrale an.

Stiftungsfest der Langfuhrer Arbeiterzähler. Sein 34. Stiftungsfest begeht der Langfuhrer Männergesangverein von 1891 am Sonnabend, den 7. November, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Kreutz, Brunshöfer Weg 88. Der Abend trägt in der Hauptsache unterhaltenden Charakter. Außer Konzert, Männerchor und Doppelquartett, wird der Arbeiter-Madonnenverein „Vormwärts“ Danzig durch Neigenfahrten und Madonnenlied das Programm verschönen. Nach Schluß des Programms werden die Gäste beim Tanz verwöhnt. (Siehe auch Interat.)

Technische Hochschule. Dr. La Baume wird im Wintersemester lesen: 1. Zoologie im Grundriß; Dienstag und Freitag 3 1/2—5 Uhr, Hörsaal 32 (Geologisches Institut). Beginn 10. November. 2. Zoologische Übungen (im Anschluß an die Vorlesung); Mittwoch von 4—7 Uhr (näheres wird in der Vorlesung bekannt gegeben). 3. Grundzüge der germanischen Vorgeschichte (mit Erläuterung durch Lichtbilder); Montag 5—6 Uhr, Hörsaal 32 (münchgetlich). Beginn 16. November.

Abstinente Aufklärungsverammlung in Neufahrwasser. Heute, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, findet im Saal der Knaben- und Mädchen-Neufahrwasser eine Versammlung der Abstinente statt. Gen. Ken spricht über „Arbeiter und Alkohol“. Alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder werden mit ihren Frauen zum Besuch dieser Versammlung eingeladen.

Film-Palast Langfuhr. Ein wahrhaft schenkwertester Film: „Der Spiel der Welt“. Man begleitet die Mount-Everest-Expedition des Jahres 1924 bei ihrem fähigen Unternehmen zur Besichtigung des gewaltigen Berges. Bilder von außerordentlicher landschaftlicher Schönheit wechseln mit charakteristischen Aufnahmen aus dem Leben des Volkes der tibetanischen Hochebene. Eine Spielfilmfassung der Filmphotographie sind die Fernaufnahmen, die den letzten unglücklichsten Teil der Expedition im Bilde festhalten. Die erhobene Stimmung, in die dieser Film uns versetzt, zerfällt der zweite Teil des Programms. Eine „herzerfrischende“ Maschvergeschichte „Krieg im Frieden“ wird ein Militärspielfilm genant. Von Humor ist allerdings nichts zu finden, dafür wird das Paradiesleben einiger Edelkrieger glorifiziert.

Geschäftsjubiläum. Der Fleischermeister Carl Meyer, Heubude, beging dieser Tage sein 25jähriges Geschäftsjubiläum. Vor 25 Jahren übernahm er das in der Kleinen Seebadstraße gelegene Geschäft, welches er mit der Zeit bedeutend vergrößerte. Er gliederte später einen Restaurationsbetrieb mit Frühstücksstube an. Meiner's Restaurant in Heubude ist wohl allen Danzigern bekannt. Dieser Tage wurde in der Waldstraße eine Filiale errichtet, die zur Vergrößerung des Betriebes wesentlich beiträgt.

Brauk. Sandpuppenspiele veranstaltet am Sonnabend, den 7. November, abends 8 Uhr, in der Turnhalle die Spielgruppe der Arbeiter-Zugung. Es wird viel zu sehen und zu lachen geben. Alle Kinder sind eingeladen.

Feuer brach am Sonntag abends zwischen 10 und 11 Uhr im Hause des Herrn Ledke auf den Gärten hierseits aus und vernichtete das Gebäude vollständig. Nur wenige Geräte konnten geborgen werden. Der Stall und die umliegenden Gebäude blieben unversehrt. — Montag abend brannte ein Strohhaken des Gutbesizers Claassen-Neuteichsdorf.

Ämtliche Börsen-Notierungen.

Danzig, 3. 11. 25
1 Reichsmark 1,24 Danziger Gulden
1 Rlotz 0,87 Danziger Gulden
1 Dollar 5,20 Danziger Gulden
Scheck London 25,20 Danziger Gulden

Danziger Produktensbörse vom 3. November. (Michtamtlich.) Weizen 128—130 Pfd. 11,75—12,25 G., Weizen 125 bis 127 Pfd. 9,50—10,50 G., Roggen 118 Pfd. 8,15 G., Futtergerste 9,00—9,50 G., Wangerie 10,50—11,50 G., Hafer 8,75 G., fl. Erbsen 10,50—11,00 G., Viktoriaerbsen 14,00—16,00 G., grüne Erbsen 13,00—15,00 G. (Großhandelspreise per 50 Kilogramm waggounfrei Danzig.)

Verantwortlich für die Redaktion Fritz Weber, für Interate Anton Kooßen, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von F. Gehl & Co., Danzig.

Berichtungs-Anzeiger.

S.P.D. 4. Bezirk, Schiditz. Am Mittwoch, den 4. November, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal „Friedrichshain“ (Karthäuser Straße): Diskussionsabend. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Aussprache. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

S.P.D. 5. Bezirk, Langfuhr. Donnerstag, den 6. November, abends 7 Uhr: Funktionsabingung. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Bezirksvertrauensleute unbedingt erforderlich. Versammlungsort wie bisher.

Arb.-Stadt-Verein Komel, Zoppot. Mittwoch, den 3. 11., 7 Uhr abends, im Bürgerheim wichtige Mitglieberterversammlung. Alle Aktiven und Passiven haben die Pflicht, zu erscheinen. Der Vorstand.

Sozialistische Kindergruppe Dbra. Mittwoch, 4. November, nachmittags 4 Uhr in der Sporthalle, Spielen und Stricken.

S.P.D. Ortsverein Danzig. Freitag, den 6. November, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Sitzung des Ortsvorstandes.

Berein Arbeiter-Jugend, Langfuhr. Donnerstag, den 5., 6 Uhr, Vorstandssitzung. Erscheinen aller Vorstandsmitglieder ist Pflicht. Die Mitglieder beugen am Donnerstag den Sprechchor! Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht!

Berein Arbeiter-Jugend, Heubude. Donnerstag, 6 1/2 Uhr: Treffen auf der Breitenstraße zur Teilnahme an der Sprechchorprobe. Pünktliches Erscheinen ist notwendig.

Sprechchor der Arbeiter-Zugung. Donnerstag, den 5. 11., im Jungsozialistenheim (Spandauer 6) Übungsabend. Vollständiges Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Auch die Gruppen Langfuhr und Dbra müssen kommen!

D. W. B. Jagendzuzug. Freitag, 6. Nov. 1925, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus Lichtbilder-Vortrag. Erscheinen aller Lehrlinge und Jugendlichen ist nötig.

